Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 30 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 8. Dienstag, den 18. Januar 1910. 38. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Weststraße 54a

befindet sich jetzt

die Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen u. Umgegend.

Fernsprecher 166.

Eine Anzeigen-Annahme

der „Kamener Zeitung" befindet sich auch bei Herrn C. Holtmann

Bahnhofstraße 58

Fernspr. 133.

Die Einführung der Verhältniswahl

in Preußen bei gleichem Wahlrecht hat bekanntlich der Staatsrechtslehrer Prof. Laband kürzlich empfohlen. In der „Köln. Ztg." wird nun berechnet, wie sich die Wirkung des Proporzes bei Zugrundelegung der letzten genauen Wahlstatistik stellen würde, wenn die Verhältniswahl auf die einzelnen Provinzen angewandt würde. Es werden die Wahlergebnisse vergleichsweise nebeneinander gestellt: 1. die tatsächlichen Ergebnisse der Landtagswahlen von 1908; 2. die voraussichtlichen Ergebnisse bei Verhältniswahlen nach Maßgabe der bei den Reichstagswahlen im Jahre 1907 in den preußischen Provinzen abgegeb nen Wählerstimmen; 3. die Verhältniswahlen in Anwendung auf die Urwählerstimmen, die 1903 bei den Landtagswahlen abgegeben wurden. Hier das Tableau:

	1.	2.	3.	
Konservative . . .	212	82	82	Abgeordnete
National liberale . .	65	55	52	„
Freisinnige . . .	36	47	42	„
Zentrum	104	82	89	„
Polen	15	29	27	„
Sozialdemokraten .	7	117	127	„
Antisemiten, Bund der Landwirte u. a. .	4	31	24	„
	443	443	443	Abgeordnete

In Wirklichkeit würden noch Aenderungen eintreten, durch die voraussichtlich stärkere Wahlbeteiligung.

Unsere Kolonien.

Als seinerzeit Dernburg durch den Fürsten Bülow vom „Kontorschemel" zum Leiter des Kolonialamtes berufen wurde, da schüttelte gar mancher den Kopf, denn einen völligen Außenseiter in eines der höchsten Reichsämter zu berufen, das erschien geradezu unerhört, und die mildesten Urteile gingen noch dahin, daß es sich um ein gewagtes Experiment handele. Gleichwohl aber muß man sagen, daß Fürst Bülow in der Auswahl seiner Mitarbeiter selten eine so glückliche Hand gezeigt hat, wie in diesem Falle und der „Sanitätsrat" verkrachter Banken hat sich auch als ein vortrefflicher Sanitätsrat für unsere Kolonien erwiesen. Auch diejenigen, die nicht von allen Maßnahmen Dernburgs entzückt gewesen sind, müssen zugeben, daß mit ihm ein frischer Zug in das Kolonialamt gekommen und daß tatsächlich manch bureaukratischer Zopf während seiner Amtsführung abgeschnitten worden ist. Viele Angriffe sind gegen den Staatssekretär gerichtet worden, die vielfach ihren Ursprung in der Unzufriedenheit von Interessen hatten, die sich benachteiligt glaubten, und es ist dabei nicht immer mit den schönsten Mitteln gekämpft worden; werden derartige Angriffe auch künftighin nicht an Würfe ausbleiben, so wird jetzt jeder Unbefangene zugeben müssen, daß Herr Dernburg es verstanden hat, sich vor der Oeffentlichkeit zu rechtfertigen und zu zeigen, daß er doch im wesentlichen das richtige getroffen hat. Die Denkschrift des Kolonialamtes, die dem Reichstage zugegangen ist, zeigt uns fast in allen ihren Teilen ein durchaus erfreuliches Bild und auch das eingehende „Examen", welches man in der Kommission mit dem Staatssekretär anstellte, hat er in jeder Beziehung trefflich bestanden. Die Denkschrift zeigt, wie in den Kolonien allenthalben erfreuliche Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiete erzielt worden sind und wie diese immer mehr dahin kommen, sich in finanzieller Beziehung vom Mutterlande unabhängig zu machen und sich selbst zu erhalten. Man erinnert sich, welche enormen Zuschüsse für einzelne Kolonien früher erforderlich waren und im allgemeinen das Kapitel Kolonien in unserem Reichshaushaltsetat kein allzusehr entzückendes Blatt war. Das hat sich wesentlich geändert, und es ist kein überschwengliches Lob, welches man Herrn Dernburg erteilt, wenn man sagt, daß er in dieser Hinsicht Klarheit geschaffen hat. Am meisten angegriffen wurde Dernburg wegen seiner Behandlung der Diamantenfrage, wobei man namentlich dem Staatssekretär den Vorwurf machte, daß er die Sache gar zu rosig darstelle und vor allem, ausländische Gesellschaften bevorzuge. Gerade in dieser Hinsicht gelang es dem Staatssekretär, sich glänzend zu rechtfertigen und nachzuweisen, daß seine Maßnahmen durchaus sachgemäße und vor allem für das Reich in jeder Beziehung vorteilhafte gewesen sind. Die diesbezüglichen Erklärungen des Staatssekretärs fanden denn auch die lebhafte Zustimmung der Kommission und auch von konservativer Seite wurde betont, daß der kaufmännische Geist sich im Kolonialamt durchaus bewährt habe. Gewiß gibt es in unseren Kolonien noch viel zu tun, noch eine ganze Reihe von Fragen harren der Lösung, aber es geht tüchtig vorwärts. Es ist ja richtig, daß unsere Kolonien vorwiegend durch Deutsche sich nicht besiedeln lassen, mit Ausnahme von Süd-West-Afrika, wo aber doch ausreichendes Kapital erforderlich ist, um sich in der ersten Zeit über Wasser zu halten. Mit diesem Umstand aber wird man sich abfinden müssen und unsere Kolonien können auch prosperieren, ohne die Massensiedelung von Weißen, wenn dort nur eine Politik getrieben wird, wie man sie glücklicherweise nunmehr bei uns eingeleitet hat, nachdem das frühere Verfahren gründlich Fiasko gemacht hatte.

Ordensfest.

Die Feier des Krönungs- und Ordensfestes wurde am Berliner Hofe Sonntag in der üblichen Weise begangen. Die in Berlin anwesenden Personen, denen der Kaiser Orden verliehen hat, hatten sich zu dieser Feier im Schlosse versammelt, wo ihnen der Präses der Generalordenskommission, Generalleutnant von Jakobi, im Auftrage des Kaisers die Auszeichnungen aushändigte. Dann wurden die neuernannten Ritter in die Schloßkapelle geführt, um dem Gottesdienst beizuwohnen, der in Anwesenheit des Kaiserpaares und des gesamten Hofes stattfand. Hofprediger Ohly hielt die Liturgie und die der Feier des Tages gewidmete Predigt. Zum Schluß wurde der Segen gesprochen. Vorher waren die neuernannten Ritter dem Kaiser im Rittersaal vom Präses der Generalordenskommission vorgestellt worden. Nach dem Gottesdienst begab sich das Kaiserpaar mit den übrigen Fürstlichkeiten zur Tafel in den Marinesaal, nachdem die Eingeladenen im Weißen Saal und den angrenzenden Gemächern ihre Plätze eingenommen hatten. Der Kaiser brachte den Toast auf das Wohl der neuen und älteren Ritter aus. Nach Aufhebung der Tafel unterhielten sich der Kaiser und die Kaiserin noch mit einer großen Anzahl der eingeladenen Ritter.

Auch in diesem Jahre sind wiederum hauptsächlich an Offiziere und Beamte zahlreiche Orden verliehen worden. U. a. erhielten das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub: Der Chef des Ingenieur- und Pionierkorps General von Beseler, der Chef des Admiralstabs der Marine von Fischel, die kommandierenden Generale des 5. und 9. Armeekorps Graf von Kirchbach und Freiherr von Lietinghoff; den Roten Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub: Der kommandierende General des 10. Armeekorps General Emmich, der Gesandte in Bukarest von Kiderlen-Wächter, der Präsident des Reichsgerichts Freiherr von Seckendorff; den Roten Adlerorden erster Klasse: Staatssekretär Dernburg; den Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub: der Generalstabsarzt der Armee Professor von Schjerning; den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub Graf von Hutten-Czapski, Unterstaatssekretär von Lindequist, und Geh. Kommerzienrat Ziese in Elbing; den Roten Adlerorden zweiter Klasse: Oberpräsident von Bülow in Schleswig, Professor Orth, Dr. Walter Rathenau, beide in Berlin, Rosen in Tanger, und Dr. Rosentreter, Bischof Professor Roeber in Düsseldorf, Gesandter Dr. von Culm; den Roten Adlerorden dritter Klasse: von Culm; den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife: die Geh. Kommerzienräte Baare in Bochum, Beuchelt in Grünberg, letzterer konservativer Abgeordneter, und Graf von Zech, Gouverneur von Togo; den Roten Adlerorden vierter Klasse die Abgg. Heckscher und Itschert, sowie Reichsanwalt Schweigger; den Kronenorden erster Klasse: Freiherr Mumm von Schwarzenstein, Botschafter in Tokio, und Staatssekretär Wermuth; den Kronenorden zweiter Klasse: Professor Dietrich aus dem Kultusministerium, Professor Ehrlich in Frankfurt a. M., Freiherr von Romberg, Gesandter in Sofia; den Kronenorden dritter Klasse: die Abgg. Gyßling, Pachnicke, und Rimpau, der Hofcellist Professor Heinrich Grünfeld und der Direktor der Deutschen Bank, Mankiewitz.

Der Konflikt in den Reichslanden.

Die amtliche Straßburger Korrespondenz veröffentlicht soeben den Schriftwechsel zwischen dem kaiserlichen Statthalter Grafen Wedell und dem Straßburger Bischof D. Fritzen, und zwar das Schreiben des Statthaliers vom 9. und 12. Jan. und das Schreiben des Bischofs vom 10. und 13. Januar. In der am 12. Januar ergangenen Replik des kaiserlichen Statthalters auf das Schreiben des Bischofs vom 9. Januar äußerte sich der Statthalter wie folgt: Mit Ew. Gnaden bin ich durchaus der Ansicht, daß etwa gegensätzliche Auffassungen auf staatlicher und kirchlicher Seite durch beiderseitigen guten Willen und das freundliche Entgegenkommen in einzelnen Fällen auch in einer beide Teile zufriedenstellenden Weise gelöst werden können, und wird die Regierung stets gern dazu die Hand bieten. An ihrem im letzten Schreiben entwickelten, auf die Gesetze und das staatskirchliche Recht gestützten Standpunkt aber hat die Regierung nicht nur unbedingt festgehalten, sondern wird diesen Standpunkt gegebenenfalls auch mit aller Entschiedenheit vertreten. Ich vermag auch nach wie vor nicht anzuerkennen, daß Ew. Gnaden Kundgebung an die katholischen Lehrer in einer Angelegenheit, die deren Berufstätigkeit und Standesinteressen betrifft, die zwischen der kirchlichen und staatlichen Gewalt gezogene Grenze gewahrt hat. Bei der Lage der Verhältnisse erachte ich es als geboten, daß auch der zwischen Ew. Gnaden und mir gepflogene Schriftwechsel der Oeffentlichkeit übergeben wird, und glaube ich mich der stillschweigenden Zustimmung Euer Gnaden versichert halten zu dürfen, daß die Publikation des dortigen Schreibens vom 10. und 14. Januar erfolgt. Graf Wedell.

Die Antwort des Bischofs D. Fritzen vom 13. Januar schließt mit folgender Versicherung: Es wird keineswegs in Abrede gestellt, daß die Regierung auch nach den durch das Gesetz, betreffend das Unterrichtswesen vom 24. Februar 1908, durchgeführten Aenderungen von der Absicht beseelt ist, den religiösen Unterricht in der Volksschule zu wahren. Ich kann jedoch bemerken, daß eine sichere Gewähr für die Erteilung des rechtgläubigen religiösen Unterrichts zur Erziehung zum christlichen Leben, die das katholische Volk auf Grund der bestehenden Gesetzgebung von der Schule zu fordern berechtigt ist, in erster Linie in der gläubigen Ueberzeugung der Lehrer liegt. Ich begrüße mit lebhafter Genugtuung die mit meiner Ansicht ganz übereinstimmenden Ansichten Ew. Exzellenz, daß etwaige gegensätzliche Auffassungen auf staatlicher und kirchlicher Seite durch beiderseitigen guten Willen und freundschaftliches Entgegenkommen in einzelnen Fällen auf eine beide Teile zufriedenstellende Weise gelöst werden können, und die Regierung dazu stets gern die Hand bieten wird. Wenn es dann weiter heißt, an ihrem in oben erwähntem Schreiben entwickelten, auf Gesetz und Staatskirchenrecht gestützten Standpunkt aber muß die Regierung nicht nur festhalten, sondern denselben auch gegebenenfalls mit aller Entschiedenheit vertreten, so dürfte es mir auch nicht verübelt werden können, wenn ich an dem bereits in meinen Zuschriften zur Genüge dargelegten Standpunkt festhalten muß. Ich kann nicht anerkennen, daß ich durch die Warnungen an die katholischen Lehrer, bei der ich nur die religiöse Seite der Frage im Auge hatte, die Grenze der bischöflichen Gewalt überschritten habe. Nach diesem beiderseitigen wiederholten Meinungsaustausch, der bei der Verschiedenheit unserer Gesichtspunkte schwerlich zu einem anderen Ergebnis in der Theorie führen wird, hege ich trotzdem die Hoffnung, daß in der Praxis, wie es in der Vergangenheit war, so auch in Zukunft unserem Lande ein ungetrübter religiöser Friede voll und ganz erhalten werde.

Deutschland.

— **In der Budgetkommission** des Reichstages wurden Freitag die Nachtragsforderungen für Südwestafrika genehmigt.

— **(Die graugrüne Felduniform vor dem Kaiser.)** Vor einigen Tagen wurden dem Kaiser in Gegenwart des Kriegsministers, des Generalstabs und einiger Regimentskommandeure die neuen graugrünen Felduniform vorgeführt. Bei dieser Gelegenheit fragte der Kaiser die anwesenden Offiziere, wie ihnen die neuen Uniformen gefielen. Die Antworten waren allgemein beifällig. Nur ein Kürassieroberst erlaubte sich untertänigst zu bitten, der Kaiser möge doch die alte preußische Tradition wahren und den Stahlhelm der Kürassiere beibehalten. Der Kaiser wollte gerade schon zustimmend antworten, da trat der Kriegsminister hervor und, noch ehe der Kaiser etwas erwiedern konnte, sagte er: „Reiten Sie in der nächsten Schlacht mit Kürassieren eine erfolgreiche Attacke, Herr Graf, dann werden Sie die alte preußische Tradition am besten wahren." Der Kaiser lächelte, denn er wollte seinen Kriegsminister nicht desavonieren. Im weiteren Verlaufe der Besichtigung legte sich der genannte Oberst dann sehr energisch für die Beibehaltung der langen Kürassierstiefeln ins Zeug, womit er auch Erfolg hatte. Beim Verlassen des Platzes erklärte der Oberst dem Kriegsminister gegenüber: „Na, Eure Exzellenz, es ist noch glimpflich abgegangen, wir haben wenigstens die Stulpenstiefel beibehalten." Darauf der Kriegsminister: „Ich gönne sie Ihnen, Herr Graf, Ihre Kürassiere werden wohl so vernünftig sein, beim ersten Biwack die Stulpen abzuschneiden."

— **Ueber die Stellung der bayerischen Regierung** zur Reichsfinanzreform führte in der bayerischen Kammer der Abgeordneten bei Gelegenheit der Etatsberatung der Ministerpräsident Freiherr v. Podewils aus, Bayern habe immer den Standpunkt vertreten, daß einerseits Massenartikel, andererseits der Besitz herangezogen werden müßten und daß man an der Erbanfallsteuer nicht vorbeigehen könne. Der seinerzeitigen Erklärung des Reichsschatzsekretärs habe die Annahme zu Grunde gelegen, daß man ohne die Erbanfallsteuer die nötigen Mittel nicht aufbringen könne, was sich aber doch später als möglich erwiesen habe, wenn auch nicht in ganz befriedigender Form. Die bayerische Regierung habe sich sachlich an der Reform mit besten Kräften beteiligt; einer Einführung direkter Reichssteuern habe sie nicht zustimmen können, wenn sie nicht ihren von jeher eingenommenen Standpunkt preisgeben wollte, und das Festhalten dieses Standpunktes könne ihr niemand verargen, er müßte dann das förderative Prinzip preisgeben. Es gehe nicht an, die bayerische Regierung für eine Konstellation verantwortlich zu machen, der gegenüber Fürst Bülow nicht länger im Amte bleiben zu können glaubte. Die Verbündeten Regierungen haben in Bülow den Meister der auswärtigen Politik gesehen. Die bayerische Regierung habe die Finanzhoheit der Einzelstaaten gewahrt und sei sich der Verantwortlichkeit bewußt, die sie als zweitgrößter Bundesstaat getragen habe. Der diplomatische Ausschuß werde künftig zu normaler Tätigkeit berufen sein; der neue Reichskanzler habe sich zu dieser Zusage seines Amtsvorgängers rückhaltlos bekannt. Die Besorgnis, daß der Ausschuß die einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beeinflussen könne, sei geschwunden.

— **(Ein Nachklang zum Kieler Werftprozeß.)** Staatsanwalt Greffrath, der im Verein mit den bereits von Kiel versetzten Staatsanwaltschaftsräten Marschner und Neils die Anklage im Kieler Werftprozeß vertreten hatte, ist zum 1. April d. J. nach Neuwied a. Rhein versetzt worden.

Ausland.

Holland.

— **(In neuer Erwartung.)** Aus Amsterdam wird gemeldet: In Hofkreisen verlautet, daß Königin Wilhelmina in den nächsten Monaten wieder einem freudigen Ereignis entgegensehen darf. Bei den letzten Empfängen legte sie sich große Schonung auf. Man erwartet, daß die kleine Prinzessin Juliane spätestens im Monat Mai ein Schwesterchen oder gar ein Brüderchen erhalten wird.

Frankreich.

— **An der Grenze von Tunis und Tripolis** beginnt es sehr ernst zu werden. Wie aus Tunis Pariser Blättern gemeldet wird, dauert die Entsendung von Truppen an die tripolitanische Grenze fort. Aus Sfax sind Spahis nach Dehibat abgegangen.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Lokalartikel untersagen unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

Vom Bunde der Festbesoldeten.

Kamen, 18. Jan. Eine ziemlich stille, aber gleichwohl sehr wirkungsvolle Agitation entfaltet bei uns im Westen der kürzlich gegründete „Bund der Festbesoldeten". Anfangs verhielten sich einige Beamten-Berufsorganisationen abwartend, so insbesondere die mittleren Postbeamten. Sie waren durch die unglücklichen Beamten-Wahlvereine mißtrauisch gemacht worden und glaubten, daß diese Vereine hier in anderer Form neu aufleben würden. Dies ist irrig. Die Beamten-Wahlvereine waren, was ja schon der Name besagt, eine Konkurrenz der parteipolitischen Vereine. Sie haben sich nunmehr in Wohlgefallen aufgelöst. Jene Bedenken sind denn auch allmählich geschwunden und die Mitgliederzahl ist jetzt in stetigem und schnellem Steigen. So ist die am 20. November v. J. gegründete Ortsgruppe Essen bis heute von 170 auf 600 Mitglieder gewachsen und man erwartet mit Bestimmtheit, daß sie in allernächster Zeit die Zahl 1000 erreichen werde. Nur die Lehrer schwanken noch oder verhalten sich abwartend. Deutlich ist zu beobachten, daß bei der

organisatorischen Arbeit den Beamten die Disziplin, die sie sich im Berufe angezeignet haben, kräftig zu statten kommt. Infolgedessen vollzieht sich ihre Organisation unvergleichlich schneller, als die der industriellen Arbeiter.

*

Kamen, 18. Jan. **(Konzert des Musikvereins.)** Am Sonntag fand in dem Saale des Bahnhofs-Hotels das zweite Konzert des hiesigen Musikvereins statt unter Leitung seines Dirigenten Herrn Musikdirektor Holtschneider-Dortmund. Als Mitwirkende bezw. Solisten waren gewonnen: Fräulein Emmy Heine-Dortmund (Sopran), Herr H. Schmitz, Konzertsänger, Dortmund (Tenor), Herr Universitäts-Musikdirektor Dr. Nießen-Münster (Klavier) und Herr W. Eickemeyer-Dortmund (Klavier). Der erste Teil des Programms bot außer dem Chorlied „Im Osten geht die Sonne auf" nur Solovorträge, und hier waren es besonders „Variationen zur Fuge für 2 Klaviere über ein Thema von Beethoven" und „Konzert pathetique" von Liszt, die geeignet, den Zuhörer zu fesseln. Herr Dr. Nießen-Münster, den wir hier zum erstenmale hörten, zeigte sich als ein durchaus vornehmer Spieler und als Meister in der technischen Behandlung des Instrumentes. Herr W. Eickemeyer-Dortmund hat sich uns schon öfter als bewährter Künstler gezeigt, und so war es auch wieder am Sonntag. Das Zusammenspiel der beiden Herren war ausgezeichnet zu nennen. Fräulein E. Heine entledigte sich ebenfalls ihrer Aufgaben in ganz netter Weise, nur schien sie bei dem ersten Liede „Verborgenheit" etwas befangen. Wenn wir nicht irren, haben wir von Fräulein Heine wohl schon Vollkommneres gehört. Herr Schmitz verfügt über einen recht ausgiebigen Tenor, der nur in einigen Lagen wohl noch einer weiteren Ausbildung bedarf; seine Vortragsweise ist recht frisch und temperamentvoll. Der zweite Teil des Programms brachte: „Deutsches Liederspiel", zusammengestellt aus älteren und neueren Volksliedern für Soli und gemischten Chor mit Instrumental-Begleitung von H. Herzogenberg. Nach den uns gewordenen Informationen soll das Werk hier die Erstaufführung in Westfalen erlebt haben. Ob das Werk eine Zukunft haben wird, läßt sich schwer sagen, da die Wiedergabe am Sonntag an verschiedenen Mängeln litt und deren größter war, daß eine gründliche Durchbearbeitung im Chor sich unschwer vermissen ließ. Anerkannt muß werden, daß der Chor sich die redlichste Mühe gab, den Intentionen des Komponisten gerecht zu werden und dem Dirigenten zu folgen. Die Solis lagen in den Händen von Fräulein Heine und Herrn Schmitz, beider Leistungen sind dankbar anzuerkennen, besonders gefiel der Zwiegesang „Du bist mein". Im ganzen wollen wir mit den Darbietungen zufrieden sein und dem Musikverein danken für seine Bestrebungen.

! **Kamen,** 18. Jan. **(Winterkränzchen.)** In seiner hübsch mit Grün dekorierten großen Turnhalle hielt der „Turnverein zu Kamen" (Mitglied der Deutschen Turnerschaft) am Samstag abend die diesjährige Feier seines Winterkränzchens ab, mit welcher zugleich die Feier des Geburtstages unseres Kaisers verbunden war. Zu derselben hatte sich ein äußerst zahlreiches Publikum eingefunden und bald herrschte, dank der zahlreichen Darbietungen, eine äußerst gemütliche Stimmung. Das reichhaltige Programm verzeichnete zunächst Musikvorträge der engagierten Herzogschen Kapelle, woran sich die turnerischen Darbietungen schlossen. Dieselben bestanden aus Stabwindübungen, Reck- und Barrenübungen der Turner, Keulenschwingen und Barrenturnen der Damenabteilungen und fanden bei den vielen Zuschauern ein überaus großes Interesse. Die Geräteübungen der Turner, welche durch auswärtige Kampfrichter bewertet wurden, zeigten großen Fleiß und Ausdauer, und riefen teilweise durch ihre Kraft und Gewandtheit erfordernde Ausführung reichen Beifall hervor. Die Uebungen der Damen wiesen das charakteristische Element des Damenturnens, schöne, harmonische Gestaltung, Durchdringung und Belebung mit Anmut, in vollem Maße auf und zeigten, daß das Wort: „Das schickt sich nicht für Mädchen" heute im Bereich des Mädchenturnens nicht mehr gilt. Stellten doch die Uebungen zum Teil recht erhebliche Anforderungen an die Turnerinnen. Die Festrede hielt der Vorsitzende Herr Fritz Flor. In das am Schluß derselben auf den Kaiser ausgebrachte „Gut Heil" stimmten die Anwesenden begeistert ein und wurde darauf das „Heil dir im Siegerkranz" gesungen. Die theatralischen Aufführungen: „Der gerade Weg ist der beste" von Kotzebue und das einaktige Lustspiel von M. G. Bischof: „Ein Pensionsstreich" wurden in recht vollendeter Weise wiedergegeben, und zeigten die Spieler, daß sie sich mit großem Verständnis ihrer Aufgabe gewidmet hatten. Die Zuschauer kargten daher auch nicht mit Beifall, der teilweise sogar äußerst stürmisch gezollt wurde. Mit der Stellung von verschiedenen Pyramidengruppen nahmen die Vorführungen ihr Ende. Die bei dem Preisturnen siegreich gewesenen Turner wurden mit einfachen Eichenkränzen bezw. Sträußchen geschmückt. Das sich anschließende Tanzkränzchen hielt die sämtlichen Teilnehmer bei gemütlichster Unterhaltung, die durch den Gesang von Turnliedern angenehm erhöht wurde, noch lange vereinigt, und zeigten die Turner und Turnerinnen, daß sie bei frisch-fröhlichem Ball auch auf dem glatten Tanzboden zu Hause sind.

Kamen, 18. Jan. **(Kaisersgeburtstagsfeier.)** Der hiesige Männergesangverein „Auguste-Viktoria" feierte am Sonntag abend im Saale des Schützenhofes den Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers durch Gesang, Theater und Ball. Bald nachdem der große Saal so ziemlich voll besetzt war, wurde durch einige Gesangstücke die Feier eröffnet, und danach hielt der Dirigent des Vereins, Herr Lehrer Koch die Festrede, die mit einem begeistert aufgenommenen dreimaligen Hoch auf das hohe Geburtstagskind, schloß. Das dann folgende Theaterstück: „Nord und Süd" wurde sehr flott gespielt, man konnte merken, daß sämtliche Rollen in bewährten Händen lagen. Auch inhaltlich war die Wahl gerade dieses Stückes für den Geburtstag unseres Kaisers, eine glückliche zu nennen. Zeigt es uns doch wie der zuerst schroffe Gegensatz zwischen „Nord und Süd" im deutschen Reiche sich mehr und mehr mildert, bis unter dem Zepter des Oberhauptes eines geeinten Reiches alle Gegensätze verschwinden. Reicher Beifall wurde allen Mitwirkenden gespendet. Der Festball hielt dann die Tanzlustigen noch recht lange vergnügt zusammen.

! **Kamen,** 18. Jan. **Seine erste diesjährige Generalversammlung** hielt am Freitag abend der hiesige Männer-Gesang-Verein „Sangeslust" in seinem Vereinslokale bei dem Wirt Herrn Wilhelm Reinhard ab, und war dieselbe recht zahlreich besucht. Nachdem durch den 1. Vorsitzenden der Jahresbericht zur Kenntnis der Mitglieder gebracht war, legte der Kassierer die Jahresrechnung vor. Dieselbe ergab ein recht gutes Resultat. Für die von den Revisoren geprüfte und richtig befundene Rechnung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurden die ausscheidenden Mitglieder einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß wurde beschlossen, das diesjährige Fastnachtskränzchen in althergebrachter Weise am Sonntag, den 5. Februar im „Schützenhofe" zu feiern.

: **Kamen,** 15. Jan. **(Verschiedenes.)** Nach der soeben erfolgten Zusammenstellung über das **höhere Schulwesen** hatte Westfalen im vergangenen Jahre 43 Vollanstalten und 24 Nichtvollanstalten. Die Zahl der Professoren ist 370, der Oberlehrer 405, der anstellungsfähigen Kandidaten 42, Probenden 79 und Seminarmitglieder 79. In Preußen sind vorhanden 711 höhere Lehranstalten; davon waren staatlich 221 Vollanstalten und 29 Nichtvollanstalten, nicht staatlich 286 Vollanstalten und 175 Nichtvollanstalten. Die Zahl der Direktoren von Vollanstalten der Monarchie beläuft sich auf 489, von Nichtvollanstalten auf 187; Professoren sind vorhanden 4307 und Oberlehrer 4146. Die Schülerzahl der Anstalten betrug 267 006. Auf Westfalen entfallen 22 529 und auf die Rheinprovinz 50 435.

Der Pferdezucht-Verband Dortmund macht darauf aufmerksam, daß die diesjährige Stutenschau am 18. Januar vormittags 11 Uhr auf dem Hofe des Herrn Dieckhöfer in Huckarde stattfindet.

Wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, ist seitens der Firma H. Klein hier, in Unna ein größeres Terrain angekauft worden zum Zwecke der **Verlegung des Betriebes** nach dort. Die hiesigen Betriebsräume sollen später nur nebensächlich benutzt werden.

§ **Niederaden,** 18. Jan. **Wegen Diebstahls** hatte sich der Knecht Kaspar Fischer von hier zu verantworten, während der Bäckermeister Fritz Ohle, dessen Frau und der Berginvalide und Lumpensammler Gottfried Hermann wegen Hehlerei und Verleitung zum Diebstahl unter Anklage in derselben Sache standen. Fischer ließ sich von seinen Mitangeklagten dazu verleiten, seinen Dienstherrn um ca. 30 Zentner Hafer und Getreide und auch Eier zu bestehlen, um sie diesen zu bringen. Er erhielt dafür ab und zu mal eine Flasche Bier — und die Versprechung, daß er nachher Geld erhalten würde. Fischer ist im vollen Umfange geständig und wird zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten bestreiten jede Schuld. Der Gerichtshof aber folgte den Angaben des reumütigen Fischer und verurteilte Ohle zu 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Hermann kam mit 2 Monaten Gefängnis davon und Frau Ohle wurde freigesprochen.

§ **Wasserceurl,** 18. Jan. **Wegen wissentlichen Meineids** hatte sich der Bergmann Josef Jenke von hier vor dem Dortmunder Schwurgericht zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, am 30. Mai v. Js. vor der Strafkammer in einer Anklagesache wegen Körperverletzung als Zeuge die Unwahrheit wissentlich mit seinem Eide bekräftigt zu haben. Ein hinreichender Beweis für die Schuld des Angeklagten war nach Ansicht des Staatsanwalts nicht zu erbringen, so daß dieser die Anklage fallen ließ, worauf Freisprechung erfolgte.

** **Unna,** 17. Jan. **(Todessturz.)** Im evangelischen Krankenhaus stürzte ein Patient in den Aufzugsschacht und starb an den erlittenen Verletzungen.

** **Dortmund,** 15. Jan. **(Gefährliches Spielzeug.)** Vor dem Bureaugebäude des „Eisenwerkes Union" am Sunderweg sah Donnerstag ein Portier des Werkes Kinder mit Dynamitpatronen spielen. Er nahm ihnen die Patronen ab und benachrichtigte die Polizei, die nach weiteren Patronen suchte und noch 7 Stück hinter der Futtermauer der Eisenbahnüberführung fand. Es ist noch nicht festgestellt, ob Fahrlässigkeit oder Verbrechen vorliegt. Die Eisenbahnverwaltung beabsichtigt eine Belohnung auf die Ermittelung des Sachverhalts auszusetzen.

Dortmund, 17. Jan. **(Verschiedenes.)** Im benachbarten Brambauer verhaftete die Polizei fünf **Wilddiebe,** Bergleute von Beruf, die seit längerer Zeit die dortige Gegend unsicher machten. Gewehre, eine Menge Munition und Schlingen wurden beschlagnahmt. Man hofft mit der Verhaftung der fünf Wilddiebe die Haupträdelsführer einer größeren Bande unschädlich gemacht zu haben, die seit langer Zeit in den Waldungen großen Wildfrevel anrichteten.

Am Sonntag morgen gegen 7¾ Uhr bemerkte ein Bewohner der 1. Etage des Hauses Märkische Straße 141 (Wirtschaft Ophoff) verdächtigen dicken Rauch; nach der Ursache forschend, fand er, daß in dem verschlossenen Zimmer des ebenfalls auf der Etage wohnenden Kaufmanns Hermann Schmidt **Feuer** ausgebrochen war. Als man daraufhin die Zimmertür mit Gewalt öffnete, bot sich den Eintretenden ein schrecklicher Anblick. Das Zimmer war zum Teil ausgebrannt, auf dem Fußboden lag, tot und am ganzen Körper mit Brandwunden bedeckt, Schmidt. Das Feuer wurde erstickt, die herbeigerufene Feuerwehr beseitigte jede Gefahr. Wie das Feuer entstanden ist, konnte mit Sicherheit nicht festgestellt werden, jedoch ist anzunehmen, daß der 71 Jahre alte Herr mit der brennenden Lampe in der Hand plötzlich zu Boden gefallen ist. Das ausfließende Petroleum wird die Weiterverbreitung des Feuers verursacht haben. Die Leiche wurde auf Veranlassung der Polizei zum Leichenhause transportiert.

Ein verwegenes Einbrecherkleeblatt wurde von der Polizei festgenommen. Es besteht aus den Stuckateuren Adolf Frühling und Heinrich Schröter und dem Maurer Pianowska. Die beiden ersten werden schon längere Zeit von der Staatsanwaltschaft gesucht, die Steckbriefe hinter ihnen erließ. Die drei Burschen haben eine ganze Menge auf dem Kerbholze. Unter anderem brachen sie am 1. Weihnachtstage abends, beim Rektor Schwiete in Körne ein, während dieser in der Kirche war, und stahlen ihm allerhand Dinge, vor allem Nahrungsmittel. Sie führten auch jenen Einbruchsdiebstahl beim Ingenieur Froning auf der Kaiser Wilhelm-Allee aus. Hier erbeuteten sie bekanntlich für etwa 4000 Mark Silberwaren und Jagdgewehre und besaßen obendrein die unerhörte Frechheit, im Garten ein kleines Sektgelage zu veranstalten. Auch der Einbruch beim Apotheker Eick in Mengede ist den Kunden aufs Konto zu schreiben.

Hohenlimburg, 17. Jan. **Ein Eisenbahnunglück** hat sich in der Freitag-Nacht gegen 4 Uhr auf der Strecke Hohenlimburg-Letmathe ereignet. Im Bahnhof Letmathe sollte von dem Güterzug 7801 ein Wagen ausrangiert werden, aus unaufgeklärter Ursache löste sich dabei die Kuppelung, 22 Güterwagen kamen auf der etwas abschüssigen Strecke in Bewegung und rollten in der Richtung nach Hohenlimburg zu. Um die gleiche Zeit, da die führerlosen Güterwagen die Strecke befuhren, dampfte der Güterzug 7803, der ehe sich der Vorgang in Letmathe ereignete, von Hohenlimburg abgelassen worden war, gen Letmathe. Der Posten des Vorsignals 26a, der die wilden Güterwagen dahinsausen sah, besaß Geistesgegenwart genug, dem Lokomotivführer des herannahenden Güterzuges 7803 sofort Warnungssignale zu geben. Tatsächlich gelang es, den Güterzug zum Halten zu bringen, dennoch konnte der Zusammenstoß nicht vermieden werden. Mit heftigem Anprall fuhren die 22 Güterwagen auf den haltenden Güterzug, dabei wurden 11 Wagen vollständig zertrümmert und die schwere Lokomotive des Güterzuges aus dem Gleise gehoben. Ein riesiges Chaos bezeichnet die Unfallstelle, an die auf die Alarmnachrichten sofort Hilfsmannschaften gesandt wurden. Der Materialschaden ist bedeutend, erfreulicherweise sind Menschenleben bei dem Zusammenstoß nicht zu Schaden gekommen.

!! **Bochum,** 17. Jan. **(„Hibernia" muß zahlen.)** Das zwischen der Stadt Recklinghausen und der Bergwerksgesellschaft „Hibernia" schwebende Streitverfahren auf Zahlung der Umsatzsteuer in Höhe von rund 150- bis 160 000 Mk. ist jetzt vom Bezirksausschuß zugunsten der Stadtgemeinde entschieden worden. Außer dem eingeklagten Kapital sind auch die Zinsen ab September 1904 seitens der Hibernia-Gesellschaft zu entrichten.

** **Gelsenkirchen,** 17. Jan. **Endlich ist es der Kriminalpolizei gelungen,** in die Bulmker Mordangelegenheit Licht zu bringen. Der Untersuchungsrichter aus Essen stellte ein Verhör an, in dessen Verlauf sich die Täterschaft der bereits seit längerer Zeit in Haft befindlichen Arbeiter als sicher herausstellte. Als Täter sind ermittelt: Bergmann Galla, Berginvalide Schitzick und Erdarbeiter Gorecki. Als der Mittäterschaft dringend verdächtig hatte man in Wanne ein Ehepaar verhaftet und nach hier überführt. Daraufhin hat der schon verhaftete Galla zugestanden, der Leiche den Kopf abgeschnitten und in die Emscher geworfen zu haben. Den Mord selbst will er nicht begangen haben. Bei einem Lokaltermin, der in Gegenwart Gallas an der kleinen Emscher in der Dorstener Straße abgehalten wurde, fand man tatsächlich den Kopf des Ermordeten in Gallas Kleider eingewickelt mit Steinen beschwert vor.

** **Minden,** 15. Jan. **(Freiherr v. d. Recke †.)** Freiherr v. d. Recke zu Oberselde, Erbmarschall im Fürstentum Minden und zweiter Vorsitzender des westfälischen Bauernvereins, ist heute früh im hohen Alter von über 90 Jahren verschieden.

** **Minden,** 15. Jan. **Beim Dienste** ist auf dem hiesigen Bahnhof der Weichensteller Scheibe von einer Maschine erfaßt und getötet worden.

:/: **D.-Ruhrort,** 15. Jan. **Im hiesigen Hafen** ist die Leiche der 21jährigen Dienstmagd Henriette Stumler angeschwemmt. Das Mädchen wurde seit dem 2. Dezember vermißt und soll den Tod aus Liebesgram gesucht haben.

// **D.-Ruhrort,** 15. Jan. **(Tödlicher Unglücksfall.)** Auf dem Verladeplatz der Firma vom Rath & Co. in den Hafenanlagen öffnete sich beim Ausladen von Erz infolge Bruchs eines Kettengliedes ein Erzbehälter. Die herabstürzenden Erzmassen trafen einen Arbeiter und verletzten ihn so schwer, daß er nach einigen Minuten starb.

Handel und Industrie.

Kapitalerhöhung der Rheinischen Stahlwerke. In einer Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, einer außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 000 000 Mk. auf 40 Millionen Mark vorzuschlagen. Die neuen Aktien, die vom 1. April d. J. ab Dividendenberechtigung haben werden, sollen unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre begeben werden. Der Erlös aus der Aktien-Emission, die an die Stelle der früher in Aussicht genommenen Ausgabe von Obligationen tritt, ist zur Beschaffung der weiteren Mittel bestimmt, die für die Aufschließung der linksrheinischen Kohlenfelder, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, erforderlich sind. — Wie die „B. Z. am Mittag" dazu erfährt, werden die Aktien von einem Bankkonsortium übernommen werden, dem die Handelsgesellschaft, die Diskontogesellschaft und einige andere Banken angehören. Der Uebernahmekurs dürfte sich zwischen 180 und 190 Proz. halten, doch steht darüber Genaueres noch nicht fest.

Neuer Wettersturz in Amerika.

Seit Jahren hat kein Winter so viele und so schwere Wetterkatastrophen gebracht wie der diesjährige. Zumal Nordamerika wurde bereits mehrfach von furchtbaren Schneestürmen heimgesucht. Jetzt meldet das Kabel wiederum einen großen Wettersturz, der ganz Nordamerika betroffen hat. Aus New-York wird berichtet:

Von der Küste des Stillen Ozeans bis an die Küsten des Atlantischen Ozeans, vom Golf von Mexiko bis nach Canada — von überall treffen Meldungen über ungeheuer starke Schneestürme ein. Dazu ist die Kälte unerträglich. Der rasende Sturm hat Telegraphen- und Telephonleitungen vollständig zerstört und wo sie stehen blieben, sind sie vom Schnee verweht. Die Verbindung der Nord- und Oststaaten mit den Mittel- und Weststaaten ist völlig unterbrochen. Viele Städte sind von jedem Verkehr abgeschlossen. Die verschiedenen Dampfer auf den Riesenströmen des Landes haben dort, wo der Sturm sie überraschte, anlegen müssen, und sind zu tagelangen Unterbrechungen verurteilt. Der Dampfer „St. Louis", auf welchem der amerikanische Botschafter in London, Mr. Reid, nach New-York abgefahren ist, muß mehrere tausend Meter vor dem Hafen liegen bleiben und dann wegen des schlechten Wetters nicht in den Hafen einlaufen. Schon zwei Tage liegt er auf hoher See und es ist sehr zweifelhaft, ob Mr. Reid überhaupt an Land gehen und dem Begräbnis seines Schwiegervaters wird beiwohnen können. In Chicago und New-York war der Schneefall von starkem Wind begleitet, und man fürchtet, daß noch vor Abend das Wetter sich zu einem der größten Blizzards, die das Land gesehen hat, entwickeln wird. Bei Abgang des Kabeltelegramms war schon 18 Stunden lang ununterbrochen Schnee gefallen. Tausende von Menschen in den Vororten der Riesenstädte sind an dem Verlassen ihrer Häuser gehindert. In der größten Not hat man dort, wo früher in den verkehrsreichsten Straßen die Millionen verkehrten, Tunnel durch Schneeberge gegraben, um die notwendigsten Verbindungen herzustellen. Die Bevölkerung ist ohne Zeitung, wie ohne Post. Man weiß nichts von seinem Nachbar. Dazu kommt ein so dichter Schneefall, der jede Aussicht verhindert. Verschiedene Dampfer in den einzelnen Häfen können nicht anlegen, weil die Schneeflocken jede Aussicht sperren. Am schlimmsten sind die Villegaturen der Millionäre daran, die von jedem Verkehr abgeschnitten sind.

Aus aller Welt.

— **Der Mörder der Hamburger Pfandleiherin verhaftet.** Der Mörder der Merkli ist Freitag festgenommen worden und hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt. Die Polizeibehörde kam dadurch auf seine Spur, daß er in einem hiesigen Herrengarderobegeschäft einen mit Blut befleckten Anzug im Ankleideraum zurückgelassen hatte. Er war vorgestern früh, also am Tage nach dem Morde, in dem Geschäft erschienen, hatte sich Holste genannt, angegeben, daß er an der Verbindungsbahn wohne und hatte einen Anzug und einen Gummimantel gekauft. Die alten Sachen, die er schon zusammengepackt hatte, wollte er in seine Wohnung gesandt haben. Im Geschäft fiel sein Benehmen auf. Man untersuchte das Paket und fand den Anzug mit Blut besudelt. Die Kriminal-Polizei forschte sofort in der angegebenen Wohnung nach und ermittelte dort, daß ein gewisser Holste tatsächlich am Mittwoch abend um 11½ Uhr nachhause gekommen war. Er hatte sich sofort in seinem Zimmer eingeschlossen. Sofort hatte man ermittelt, daß Holste ein eifriger Café-Besucher war. Ein Bild, das man von seiner Braut erlangt hatte, wurde vervielfältigt und an die Cafétiere mit dem Ersuchen verteilt, den Mann, wenn er käme, sofort festzunehmen. Gestern Abend um 7 Uhr erschien im Café „Opera" der Gesuchte. Ein Kellner erkannte ihn sofort und ließ ihn verhaften. Holste gestand die Tat alsbald ein und gab an, die Merkli, mit der er seit längerer Zeit bekannt war, getötet zu haben, um Bargeld und Wertsachen an sich zu nehmen. Er hat das alte Fräulein zuerst durch Hammerschläge betäubt und ihr dann mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Er wußte, wo die Merkli die wertvollen Sachen aufbewahrte und packte sie in einen kleinen Handkoffer, während er das Bargeld — 1100 Mk. — in seine Jackettasche steckte. Den Handkoffer deponierte er im Hauptbahnhof an der Gepäckaufbewahrungsstelle, aus Angst, man werde in seiner Wohnung Verdacht schöpfen, wenn er ihn mit nachhause nähme. Holste ist aus Hannover gebürtig.

— **Ein Mord als tschechischer Racheakt.** In der Bergarbeitergemeinde Dittmannsdorf wurde der polnische Bergarbeiter Prceczck von einem unbekannten Täter erschossen. In der Gemeinde lebt ein Bergarbeiterehepaar Krol, der Mann ist Tscheche, die Frau Polin. Als das Kind der Eheleute schulpflichtig wurde, entstand zwischen den Eltern ein Streit, ob der Knabe die tschechische oder die polnische Schule der Gemeinde besuchen sollte. Die Frau setzte es durch, daß der Knabe in die polnische Schule ging. Von diesem Augenblick an gingen dem Ehepaare fast täglich Drohbriefe zu, in denen verlangt wurde, daß der Knabe die tschechische Schule besuchen solle. Gestern Abend kam der Bergmann P., ein Bruder der Frau Krol, zu dem Ehepaare und erbot sich, nachts Wache zu halten, um den Mann, der durch seine Drohungen die Familie erschreckte, abzufassen. Gegen Mitternacht erblickte er in der Nähe des Hauses einen Mann, er gab einen Schuß ab, der jedoch ohne Wirkung blieb. Als er nun vor die Tür trat, um zu sehen, ob er jemand verletzt habe, krachte aus dem nahen Walde ein Schuß, der P. tot niederstreckte.

— **Wandergewerbeschein-Schwindel.** Einem umfangreichem Schwindel mit Wandergewerbescheinen ist die Polizei in Offenbach a. M. auf die Spur gekommen. Der aus Galizien stammende Handelsmann Lebermann in Offenbach verkaufte seit einigen Jahren an galizische Händler, die aus irgendwelchen Gründen keinen Wandergewerbeschein bekamen, solche Scheine zu einem erhöhten Preise. Lebermann betreibt ein Wäsche- und Kurzwarengeschäft. Von seinen Agenten, die über ganz Deutschland verbreitet waren, ließ er sich unter Zuhilfenahme armer Frauen Gewerbescheine ausstellen, für die die Frauen 40 bis 50 Mark bekamen, während Lebermann von seinen Abnehmern 600 bis 800 Mark verlangte. Lebermann hat sich dadurch ein Vermögen von etwa 20 bis 30 000 Mark erworben. In 10 Fällen ist es der Polizei gelungen, Lebermann zu überführen. Er und seine Tochter sowie sein Sohn wurden verhaftet, letztere beide aber gegen Stellung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt.

— **Kann man einen Nachtwächter in seiner Ruhe stören?** Die wichtige Frage, ob man einen Nachtwächter ungestraft in seiner Ruhe stören darf, hat das Schöffengericht in Falkenburg

beschäftigt. Auf der Anklagebank saß ein Arbeiter, der in einer schönen Frühlingsnacht ein gefühlvolles Liebeslied auf der Straße gesungen hat. Er wurde aber in seinem künstlerischen Empfinden bald arg gestört. Der Hüter der Nacht tauchte plötzlich auf und verbot ihm das „Gröhlen". Da der Mann aber trotzdem weiter sang, erhielt er ein Strafmandat über 3 Mark wegen nächtlicher Ruhestörung. Damit beruhigte sich aber der Sänger nicht. Er beantragte gerichtliche Entscheidung, das Schöffengericht bestätigte aber den Strafbefehl. Auf einen anderen Standpunkt stellte sich aber die Strafkammer in Stargard. Sie sprach den Angeklagten frei mit der salomonischen Begründung, daß der Nachtwächter nicht in seiner Ruhe gestört werden könne. Daß aber andere Personen den Gesang als Ruhestörung empfunden hätten, sei nicht erwiesen.

— **Auf dem Kreuzer „Dresden"** ereignete sich beim Einsetzen eines Torpedos ein schwerer Unfall. Der Oberheizer Stüve, der mit dem Einsetzen eines Torpedos beschäftigt war, wurde so unglücklich in den Nacken getroffen, daß der Tod sofort eintrat.

— **Ein Todesritt.** Die Leiche eines Artilleristen wurde im Rehhofer Walde bei Marienwerder in Westpr., aufgefunden. In dem Toten wurde der Gefreite Fritz Sämann vom Feldartillerieregiment in Marienwerder rekognosziert. Der Bedauernswerte, der zum bevorstehenden Geburtstage des Kaisers zum Unteroffizier befördert werden sollte, hatte am Abend zuvor an einem Uebungsritte teilgenommen. Da er als letzter ritt, merkte niemand, daß er vom Pferde abgeworfen wurde und dabei so unglücklich zu Fall kam, daß er besinnungslos mit dem Gesicht auf dem Boden liegen blieb und den Erstickungstod fand. Die Leiche des Verunglückten, dessen Angehörige in Langfuhr wohnen, wurde nach dem Marienwerder Garnisonlazarett gebracht.

*

Zum Untergange der „Czarina".

Zu dem Untergange des Union-Pacific-Dampfers „Czarina" in der Nähe von San Franzisko werden Londoner Blättern folgende Einzelheiten berichtet. Die „Czarina" scheiterte wenige hundert Meter von der Küste. Die Mannschaft band sich an die Raaen fest. Viele Passagiere wurden infolge des heftigen Wellenganges ohnmächtig. Andere sahen entsetzt zu, wie einer nach dem andern von den Wogen fortgerissen wurde. Neunzehn Mann ertranken auf diese Weise in zwei Stunden. Trotz des schneidend kalten Windes harrten viele Menschen die ganze Nacht an der Küste, ohne Hilfe bringen zu können. Gegen Mitternacht wurden zwei Mann besinnungslos angeschwemmt; es gelang, sie wieder ins Leben zurückzurufen. Am Morgen waren auf dem Wrack sieben Leute noch deutlich erkennbar. Wahrscheinlich befand sich darunter noch der Kapitän. Auch war das Herannahen mit einem Rettungsboote unmöglich. Letzte Nachrichten besagen, daß die „Czarina" aus der gefährlichen Lage abgeschleppt sei. Soviel bekannt ist, sind 27 Leute ertrunken.

*

— **Artillerie-Verlegung nach Borkum.** Nach einer Meldung der „Osnabrücker Zeitung" aus Borkum ist dort die kriegsministerielle Verfügung eingetroffen, zum 1. April 1910 drei Batterien des Fußartillerie-Regiments „Hindersin" nach der Insel Borkum zu verlegen. — Der Aufenthalt auf Borkum wird durch die Befestigung und die militärische Besetzung sicher sehr leiden.

— **Die Aufführung des Dramas** „Maria Magdalena" von Maeterlinck, die im Deutschen Theater stattfinden sollte, wurde von der Zensur verboten.

— **Durch einen Schuß** in die Schläfe tötete sich der Student der Rechte Walter Kahl aus Charlottenburg im Bootshause des Ruderklubs.

— **Eine aufsehenerregende Offiziersaffäre** hat sich in dem südböhmischen Städtchen Budweis ereignet. Das tschechisch-radikale Blatt hatte in einem spaltenlangen Artikel, das ganze Offizierskorps eines dort garnisonierenden Regiments wütend angegriffen und ganz besondere Vorfälle sensationell aufgebauscht und zum Teil völlig verdreht wiedergegeben. Das Blatt wurde konfisziert, aber infolge des Artikels fand eine peinliche Untersuchung statt. Durch die Schwatzhaftigkeit eines Offiziersburschen kam heraus, daß der Verfasser des Artikels ein Oberleutnant Lewicki, ein geborener Pole von demselben Regiment ist, der den Artikel durch den Burschen hatte zur Redaktion bringen lassen. Der Offizier wurde sofort in Haft genommen und nach Prag eingeliefert.

— **Folgenschwere Benzinexplosion.** Als in Rudolsburg bei Nürnberg die fünfzehnjährige Dienstmagd des Bürgermeisters Brandstetter mit einem Licht den Keller betrat, entzündete sich eine dort befindliche Menge Benzin. Im Nu stand das Mädchen in Flammen; auch eine Frau, die zur Hilfe eilte, wurde von den Flammen erfaßt. Beide sind ihren Verletzungen erlegen. Auch Bürgermeister Brandstetter, der dazu kam, trug schwere Brandwunden davon.

— **Strandung eines deutschen Dampfers.** Der deutsche Regierungsdampfer „Usedom" ist gestern abend gegen 8 Uhr bei heftigem Schneesturm in der Ostsee auf der Höhe von Ullinge auf Bornholm gestrandet und liegt jetzt dort fest. Er war gestern früh von Swinemünde ausgelaufen, um das mitten in der Ostsee liegende deutsche Adler-Grundfeuerschiff mit Proviant zu versehen. Bei dem herrschenden Sturm war es ihm unmöglich, an das Feuerschiff heranzukommen und infolgedessen gezwungen, nach dem nahen Bornholm zu gehen und dort Schutz zu suchen. Alle Versuche, das Schiff aus eigener Kraft abzubekommen, waren vergeblich. Es wurde Hilfe geholt.

— **Ein Reiterstandbild für König Leopold.** Aus Brüssel wird berichtet: „Die Bewohner der belgischen Hauptstadt werden binnen kurzem ein Reiterstandbild ihres verstorbenen Königs bewundern können; es wird inmitten der schönen Arkade, die der Architekt Girault gegenüber der Rue de la Loi geschaffen hat, seinen Platz finden. Als Girault seinerzeit den Plan seines Werkes dem Könige vorlegte, war König Leopold von dem Entwurf begeistert, er genehmigte sofort die Arkade, aber sein Reiterstandbild strich er mit der Bemerkung: „Nicht, so lange ich lebe . . ."

— **Das Gepäck der Prinzessin Luise gepfändet.** Auf Antrag eines Herrn Charron in Paris sind die 45 Koffer und Kisten, mit denen die Prinzessin Luise von Belgien neulich in Paris eintraf und in einem Hotel in der Avenue du Bois de Boulogne abstieg, gerichtlich mit Beschlag belegt worden, weil die Prinzessin sich bis dahin geweigert hatte, diesen Gläubiger zu befriedigen. Sofort nach der Beschlagnahme ließ Prinzessin Luise jedoch Schritte tun, um Herrn Charron schadlos zu halten.

— **Schwerer Rodelunfall.** Aus Chamonix wird gemeldet: Während der Rodelfahrten hat sich ein tragischer Unfall ereignet. Ein Rodelschlitten überschlug sich an der ersten Bahnbiegung, weil die Führerin des Schlittens die Direktion verloren hatte. Miß Hudson, welche sich am Steuer befand, wurde auf der Stelle getötet, sie erlitt einen Schädelbruch. Drei andere Damen, welche sich in dem Schlitten befanden, wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

— **Die Untaten der „Apachen".** Die Verhaftung der drei „Apachen", die die Pförtnersfrau Bailland ermordeten, hat zur Entdeckung einer großen Pariser Verbrecherbande geführt, deren letzte „Tat" ein Einbruch in eine Kirche in Rouen war.

Ueberhaupt scheint das Raubgesindel sein Feld jetzt mehr in die Provinz verlegen zu wollen. Die schon kurz gemeldete Mordtat von Roussillon wurde ebenfalls von Pariser Apachen verübt. Der Anführer der — bekanntlich schon verhafteten — Mörder, Jean Rousseau war ein Neffe des ermordeten Ehepaares Morot. Er behauptet, er habe sich an seinem angeblich geizigen Onkel rächen wollen. Er veranlaßte zwei Freunde, Vantax und Corbeau, sich mit ihm zu Fuß von Paris nach Roussillon zu begeben, wo sie nachts das Haustor mit einem Nachschlüssel öffneten. Morot erwachte und wurde mit einem Hammer niedergeschlagen, seine Frau erwürgt. Ein achtjähriges Mädchen, das bei den Morots in Pflege war, erwachte und wurde geknebelt. Dann rafften die Mörder Geld und Schmucksachen zusammen und verschwanden. Dem gefesselten Kinde gelang es, sich auf die Straße zu schleppen, wo es Passanten von dem Ueberfall verständigte. Die Polizei wurde alarmiert und konnte die Mörder auf dem Bahnhof in dem Augenblick fassen, als sie gerade abfahren wollten.

— **Doppelmord.** Wie uns aus Paris gemeldet wird, ist im Schloß Roussillion das Ehepaar Morot ermordet worden. Die Täter konnten nach wenigen Stunden ermittelt und verhaftet werden. Es sind zwei Pariser Apachen. Die Nichte der beiden Ehegatten war von den Einbrechern geknebelt worden. Die Mörder begaben sich nach der Tat nach dem Bahnhof, um den nächsten Zug nach Paris zu benutzen, wurden aber kurz vor dem Abgang des Zuges verhaftet. Sie haben das Verbrechen auf Anstiften eines gewissen Maurice Mantuc, eines Neffen des Paares, begangen.

— **Ein Raub der Flammen.** Die der großen Optikerfirma von Watson in Linden gehörige Fabrik in Barnet wurde ein Raub der Flammen. Zweihundert Arbeiter darin befanden sich in Lebensgefahr. Bei Rettung der Bedrohten spielten sich aufregende Szenen ab. Das gesamte Gebäude mit der wertvollen Maschinerie und allen Vorräten brannte ab; der Schaden beträgt rund eine halbe Million Mark.

— **Die gefährlichen Hutnadeln.** Infolge der häufigen Unglücksfälle, die durch die langen Hutnadeln der Damen hervorgerufen werden, hat die Kommission für obligatorische Verfügungen der Stadtduma in Moskau vorgeschlagen, eine obligatorische Verfügung zu erlassen, durch welche das Befestigen der Hüte mit langen Nadeln verboten würde. Die wäre die erste derartige Verfügung in Rußland.

— **Wettflug.** Aus New York wird telegraphiert: Nach Drahtmeldungen aus Los Angeles fand bei dem dortigen Flugmeeting ein aufregender Wettstreit zwischen Glenn-Curtis und Paulhan statt. Bei zehn Rundflügen, die ungefähr zehn und einer halben englischen Meile gleichkommen, schlug Curtis den französischen Aviatiker um fünf Sekunden; er legte die Strecke in 24 Minuten 54.25 Sekunden zurück.

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau, H = Hirsch's Bureau
Z = Privattelegramm.

Der Reichstag

beschäftigte sich am Montag zunächst mit dem vom Zentrum und von den Nationalliberalen eingebrachten Interpellationen über die Pensionsversicherung der Privatbeamten. Die Abgg. Sittart (Ztr.) und Dr. Stresemann (natl.) die diese Interpellationen begründeten, wiesen beide darauf hin, es seien in letzter Zeit Gerüchte aufgetaucht, daß die Regierung ihr schon vor längerer Zeit gegebenes Versprechen, eine Pensionsversicherung der Privatbeamten in die Wege zu leiten, einstweilen nicht einzulösen gewillt sei. Sie widerlegten die Bedenken, die gegen diese Vorlage laut geworden seien, und verlangten von der Regierung eine klare Antwort, ob und wann sie die Vorlage einbringen wolle. Staatssekretär Dr. Delbrück gab zwar zu, daß die Versicherung der Privatangestellten aus wirtschaftlichen und politischen Gründen bald gelöst werden müsse, er erklärte aber weiter, daß die technischen Schwierigkeiten der baldigen Einbringung einer Vorlage hinderlich im Wege stehen. Die Vorlage sei deshalb einstweilen zurückgestellt worden. Er werde aber bestrebt sein, sobald er dazu in der Lage sei, einen Gesetzentwurf vorzunehmen. Diese höchst gewundene Antwort, die fast einer Ablehnung gleichkommt, vermochte das Haus natürlich nicht zu befriedigen. Selbst der konservative Abg. Dr. Dröscher erklärte es für unverständlich, daß die Regierung nicht den Mut besitze, die Vorlage einzubringen. Noch entschiedener äußerte sich natürlich der freisinnige Abg. Hormann, der darauf hinwies, daß hinter den Kulissen gegen die Vorlage gearbeitet zu werden scheine. Auch alle übrigen Redner äußerten sich in dem Sinne, daß das Gesetz bald kommen müsse. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Regierung diesem einmütigen Willen des Hauses gegenüber zu verhalten gedenkt. — Dann folgte die Interpellation der Sozialdemokraten über die Entschädigung der arbeitslosen Tabakarbeiter. Abg. Geyer (Soz.) begründete die Interpellation seiner Partei mit dem Hinweis darauf, daß die Zahl der Unterstützungsbedürftigen auf etwa 40 000 gestiegen sei und daß eine Abhilfe nottue. Reichsschatzsekretär Wermuth verwies auf die Ausführungsbestimmungen zum Tabaksteuergesetz, deren humane Handhabung eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen werde. Er bestritt auch daß die Steuererhöhung auf das Tabakgewerbe besonders nachteilig gewirkt habe und erklärte, der 4 Millionenfonds dürfe tatsächlich nur den Zigarrenarbeitern im engeren Sinne des Wortes zugute kommen. Die Parteien erklärten sich zu einer eventuellen Erhöhung des Fonds bereit und bedauerten vielfach, daß die Zigarettenarbeiter keine Unterstützung finden sollen.

Abgeordnetenhaus.

In der Montag-Sitzung begann das Abgeordnetenhaus die erste Lesung des Etats.

Abg. **Dr. Wiemer** (Frs. Vpt.):

Herr Abg. Herold sprach vom konfessionellen Frieden, in Wirklichkeit hat er aber nicht zum konfessionellen Frieden gerufen, sondern zum konfessionellen Streit. (Lebhafte Zustimmung links, Lärm im Zentrum.) Dieser Herold des konfessionellen Friedens hat Fanfarenklänge zum konfessionellen Streit ertönen lassen. Redner polemisiert weiter gegen das Zentrum und bemerkt, daß dessen Politik ja schuld an der Finanzmisere des Reiches sei. Weiter bemerkt Redner, das Vorgehen Preußens in der Frage der Schiffahrtsabgaben ist keineswegs bundesfreundlich, die Gehaltsreform muß organisch ausgebaut werden. Eine Neuregelung des Beamtenrechts ist unumgänglich nötig. Wir verkennen die Bedeutung der Landwirtschaft nicht, aber die Gleichberechtigung der Industrie muß mehr gewahrt werden. Im Eisenbahnverkehr sind immer noch Mißstände genug. Wir sind gegen die Ausdehnung der Machtbefugnisse der Landräte, da wir keine Präfektenwirtschaft wollen. Daß die Konservativen jede Wahlreform ablehnen, schafft jedenfalls Klarheit. Herr v. Bethmann ist auch heute wieder nicht hier. Bei aller Anerkennung seines redlichen Willens muß ich doch sagen: Großes Vertrauen besitzt er bei keiner Partei. Wenn der Ministerpräsident und Kanzler seine Staatssekretärvergangenheit verleugnet und mit dem schwarz-blauen Block geht, versagen wir, die geeinte linksliberale Partei, ihm die Gefolgschaft. (Beifall links.)

Abg. **Frhr. v. Zedlitz** (Fk.):

Der Finanzminister hat recht. Wir sollten nicht Kritik üben an der Vergangenheit, wir sollen in die Zukunft blicken. Eine törichte Sparsamkeit darf nicht eintreten. Die Kulturaufgaben dürfen nicht leiden. Durch Vereinfachung der Verwaltung lassen sich noch erhebliche Mittel ersparen. Leider ist der Parteihader in unserem Vaterlande jetzt besonders groß. Heute und vorgestern haben wir Beispiele von Parteitaktik gehabt, die nicht gute Hoffnungen erwecken. (Zuruf links: Herold!) Den meine ich auch. Zwischen Stadt und Land, Industrie, Handel und Landwirtschaft hat sich ein Zwiespalt herausgebildet. Regierung und politische Körperschaften werden gut tun, dafür zu sorgen, daß der Funke, der hier vielleicht vorhanden ist, nicht zu einem Feuer ausbricht. (Beifall.) Alle Zweige des Erwerbslebens müssen berücksichtigt werden. Bisher haben wir der Landwirtschaft unsere besondere Fürsorge zugewendet. Das war richtig und gut. Aber jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir nicht mehr unser Augenmerk allein auf die Landwirtschaft zu richten haben. Die Industrie verdient selbstverständlich die gleiche Berücksichtigung wie Landwirtschaft und Handel. Durch Schiffahrtsabgaben wird die Industrie nicht geschädigt. Herr Herold hat nicht die Friedenspfeife ertönen lassen, er hat in Wirklichkeit geredet, als stände der Kulturkampf vor der Tür. Die Herrschaft der Kirche über die Schule aber darf in Preußen niemals verwirklicht werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen und links.) Herrn Herolds Paritätsbeschwerden sind unberechtigt. Ein Katholik hat heute die gleichen, wenn nicht besseren Beförderungsaussichten als ein Protestant. Es sollte auch der Anschein vermieden werden, als ob die Zugehörigkeit zur konservativen Partei ein besseres Fortkommen in der Beamtenlaufbahn gewährleiste. Das Staatsaufsichtsrecht darf nicht zu einem Hineinregieren in die kleinsten Kleinigkeiten der Selbstverwaltung sich ausdehnen. (Beifall bei den Freikonservativen und links.) Für die Wahlreform werden wir die Vorschläge der Regierung abwarten.

Finanzminister Frhr. von Rheinbaben:

Die Bemängelungen der Steuervorlagen sind unberechtigt. Ich glaube, daß die Veranlagungsbehörden ein gutes Gewissen haben und daß namentlich der Vorwurf einer absichtlichen oder fahrlässigen Untereinschätzung auf dem Lande durchaus unbegründet ist. Wir sind allen Fällen nachgegangen, die Veranlagung war in all diesen Fällen vollkommen richtig. Wie weit die Veranlagungskommissionen umgemodelt werden, wird bei der Verwaltungsreform zu entscheiden sein.

Abg. **Hirsch** (Soz.):

Wir schließen uns dem Mißtrauensvotum für den abwesenden Ministerpräsidenten an. Unsere Minister tanzen samt und sonders, wie die Konservativen pfeifen. Wir danken für den Großblock, wenigstens in Preußen. Vor allem lehnen wir eine Ehe mit den Nationalliberalen ab, wir sind allein viel stärker als bei einem Bündnis mit unsicheren Kantonisten. Die Finanzlage ist schlecht. Aber nicht wegen der Beamtenaufbesserung. Die Staatsarbeiter werden auch viel zu schlecht entlohnt, obendrein werden sie von den Vorgesetzten politisch geknebelt. Hätten wir weniger Beamte, so wäre das Defizit aus der Welt geschafft. Die Forderungen des Zentrums laufen auf eine Verdummung des Volkes hinaus. Der Kultusetat ist schlecht dotiert, um so besser aber der Polizeietat. Die Thronrede enthält so wenig über die Wahlreform, daß man es als eine Verhöhnung des Volkes ansehen muß. — Vizepräsident Dr. Porsch: Ich bitte, sich mit etwas mehr Zurückhaltung über die Thronrede zu äußern. — Abg. Hirsch-Berlin (Soz): Wir werden uns von unserem Kampf um das Wahlrecht nicht abbringen lassen. Der Freisinn hat viel auf dem Gewissen. Wenn er es aber ehrlich meint, sind wir bereit, trotz alledem mit ihnen gemeinsam in den Kampf um das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten.

Wahlrechts-Demonstrationen.

Z **Berlin,** 17. Jan. In Groß-Berlin fanden gestern 51 Wahlrechtsversammlungen der Sozialdemokraten statt, in denen eine gleichlautende Resolution angenommen wurde. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

H **Berlin,** 17. Jan. Demonstrationsversammlungen der Sozialdemokraten für die preußische Wahlrechtsänderung fanden gestern ebenfalls in vielen Provinzstädten statt. Im Wahlkreise Hanau-Gelnhausen fanden 25 sozialdemokratische Versammlungen, in Frankfurt a. Main und Köln je 9 statt. Auch in Kassel, Halle und Breslau wurden Demonstrationsversammlungen abgehalten. In allen diesen Orten sind Ausschreitungen vermieden worden, nur kamen, wie z. B. in Halle, einige Verhaftungen vor.

Zur Affäre Mannesmann.

H **Berlin,** 17. Jan. Aus Paris geht der „Berliner Morgenpost" eine sonderbare Meldung zu, die das Blatt unter allem Vorbehalt wiedergibt, und in der es heißt: In einer Gesellschaft, die in der Hauptsache von französischen Politikern besucht war, erzählte eine an hervorragender amtlicher Stelle stehende Persönlichkeit, daß eines Tages der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Schoen, mit dem französischen Botschafter Cambon über die Angelegenheit der Gebrüder Mannesmann in Marokko konferiert habe. Herr v. Schoen gab dem Botschafter gewisse Erklärungen über die Haltung der deutschen Regierung in der Frage. Dabei seien auch die heftigen Artikel, die in einigen deutschen Blättern in dieser Angelegenheit erschienen waren, zur Sprache gekommen. Herr v. Schoen soll bei dieser Gelegenheit gesagt haben: Lassen Sie sich durch Presseartikel nicht irreführen; die Regierung hat damit nichts gemein, und wenn die Reichsregierung ernsthaft gewillt ist, etwas zu tun, so folgen ihr die Reichstagsabgeordneten wie die jungen Hunde.

Spielplan des Dortmunder Stadttheaters.

Dienstag, den 18. Januar. Anfang 7½ Uhr. Opernpreise. Serie B, Nr. 29, braune Karten. Zum 1. Male. ☞ Mit vollständig neuer militärischer Ausstattung. ☜ Ein Herbstmanöver. Operette in 3 Aufzügen von Emerich Kalman.

Mittwoch, den 19. Januar. Anfang 7½ Uhr. Schauspielpreise. Serie C, Nr. 29, rote Karten. Die Braut von Messina. Trauerspiel mit Chören in 4 Aufzügen von Friedrich Schiller.

Donnerstag, den 20. Januar. Anfang 7½ Uhr. Opernpreise. Serie A, Nr. 30, grüne Karten. Mignon. Oper mit Ballett in 3 Aufzügen von Ambroise Thomas.

Freitag, den 21. Januar. Anfang 7½ Uhr. Schauspielpreise. Serie B, Nr. 30, braune Karten. Die Großstadtluft. Schwank in 4 Aufzügen von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg.

Sonnabend, den 22. Januar. Anfang 7½ Uhr. Vorstellung bei aufgehobenem Abonnement. Jahreskarten gültig. Ermäßigte Preise. Undine. Große romantische Zauberoper mit Ballett in 4 Aufzügen von Albert Lortzing.

Sonntag, den 23. Januar. Nachmittags-Vorstellung zu volkstümlichen Preisen. Anfang 3 Uhr. Der Raub der Sabinerinnen. Schwank in 4 Aufzügen von Franz und Paul von Schönthan. — Abends 7½ Uhr. Opernpreise. Zum 1. Male. Werther. Musikdrama in 3 Aufzügen von J. Massenet.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer in Kamen.

Gegen geringe Monatsraten von
2 Mark
an, liefern wir
Zithern all. Art., Saiten-Instrumente, Violinen, Mandolinen, Guitarren, Musikwerke, selbstspielende, sowie Dreh-Instrumente mit Metallnoten. Automaten, Harmonikas, Grammophone, garantiert echt, mit Hartgummi-Platten. Phonographen mit erstklassigen Hartgußwalzen. Ferner photogr. Apparate, Operngläser, Feldstecher, Jagdgewehre, künstl. gerahmte Bilder.
Man fordere illustrierten Katalog sofort gratis u. frei.
Postkarte genügt. Bial & Freund in Breslau II.
287

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 19. Jan., vormittags 10 Uhr,
werde ich in **Overberge** beim Wirt **Mast:**

2 ungefähr 2 Jahre alte Rinder

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.

Kamen, den 17. Jan. 1910.

Falley,
Gerichtsvollzieher.

Wir bringen ergebenst zur Kenntnis, dass wir am 20. d. M. in **Kamen, Bahnhofstrasse 47,** eine Niederlassung unter der Firma:

Westfälische Kreditanstalt Kamen

Kommanditgesellschaft auf Aktien

eröffnen.

Die Bank wird sich mit der Verwaltung aller das Bankfach betreffenden Geschäfte, wie:

Annahme von Spar- und Geschäftsgeldern,
Eröffnung von Scheck- u. Kontokorrent-Konten,
An- und Verkauf von Effketen,
Verwaltung von Depots,
Einlösung von Coupons,
Einziehung von Wechseln auf das In- und Ausland

befassen.

Schwerte, den 14. Januar 1910.

Westfälische Kreditanstalt
Kommanditgesellschaft auf Aktien.

82

Tages-Ordnung

zu der

am Dienstag, d. 18. Januar 1910, nachmittags 5 Uhr,

im hies. **Rathaussaale** stattfindenden

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Verpflichtung des wiedergewählten Ratsherrn Bergrat Funcke.
2. Beratung über die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen aus dem November und Dezember 1909 und Prüfung eingegangener Wahlproteste.
3. Einführung neugewählter Stadtverordneten.
4. Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters für 1910.
5. Wahl von Mitgliedern in die Grabenschaukommission.
6. Wahl von Mitgliedern in die Baukommission.
7. Wahl von Mitgliedern in die Etatsvorberatungskommission.
8. Wahl von Mitgliedern in die Kommission zur Prüfung der städt. Kassen.
9. Wahl von Mitgliedern in die Kommission zur Prüfung der städt. Rechnungen.
10. Beratung über eine Ersatzwahl für den verzogenen Stadtverordneten Berger.
11. Verlegung der Jahrmärkte.
12. Durchberatung des Eichamtskassenetats für 1910—12.
13. Erhöhung des Schulgeldes für den Besuch des Realprogymnasiums.
14. Dto. der höheren Mädchenschule.
15. Lehrplan der höheren Mädchenschule betr.
16. Bezeichnung der evangelischen Schulen.
17. Beaufsichtigung der städt. Gasanstalt.
18. Abänderung der Hundesteuerordnung.
19. Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten.
20. Aufbesserung von Gehältern.

Grosse
Geldgewinnziehung.

In ganz Deutschland durch Reichsgesetz erlaubt

3 Gewinne	à M.	320000
1 Gewinn	à M.	255000
1 Gewinn	à M.	240000
2 Gewinne	à M.	160000 usw.

Insgesamt 41 627 Gewinne im Gesamtbetrage von **8 Millionen 368190 M.**
Ziehungslisten sofort nach Erscheinen.
Nächste Ziehung am 1. Fbr. 1910
1/1 Beteiligung **6** M.
1/2 Beteiligung **3** M.
versendet gegen Nachnahme oder Einsendung des Betrages.
Hamburg 6.
Heinr. Christian Prüss,
83 Bankgeschäft. 703

Dachziegel.

Erstklass. rhein. Dachziegelwerk sucht für hiesige Gegend tüchtigen

Vertreter.

Offert. **H. M. 1910** an die Geschäftsst. d. Bl. 84

Schöner Teint

ein zartes, reines **Gesicht,** rosiges, jugendfrisches **Aussehen,** weiße, sammetweiche **Haut** ist der Wunsch aller Damen.
Alles dies erzeugt die allein **echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul, à St. 50 Pf. bei: **W. Felting, Heinr. Jacobi,** Drog., **C. Müller jr.,** Löwen-Drogerie, **H. P. Thiel.** 264

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf § 25 der Deutschen Wehrordnung werden sämtliche Militärpflichtige, welche im Bezirk des Amtes Unna-Kamen ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, hierdurch aufgefordert, der ihnen obliegenden Meldepflicht nachzukommen. Die Meldepflicht beginnt mit dem 1. Januar des Jahres, in welchem der Militärpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet und dauert so lange, bis über die Dienstpflicht desselben entschieden ist. Es kommen in Frage, die in den Jahren 1888, 1889 und 1890 geborenen Militärpflichtigen. Diejenigen Militärpflichtigen älterer Jahrgänge, über deren Militärverhältnis noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist, haben sich ebenfalls zur Stammrolle anzumelden. Die Meldung sämtlicher Militärpflichtigen für das Jahr 1910 hat in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar zu erfolgen und zwar persönlich auf dem Amtsbüreau in Unna, Zimmer Nr. 2. Diejenigen Militärpflichtigen des Jahrgangs 1890, welche nicht im Bezirk des Amtes Unna-Kamen geboren sind, haben bei der Meldung ihr Geburtszeugnis, dagegen sämtliche Militärpflichtige der Jahre 1889 und früher den im ersten Militärpflichtjahre erhaltenen Losungsschein vorzulegen. Für die zeitig abwesenden Militärpflichtigen haben deren Eltern, Vormünder, Lehr- und Arbeitsherrn die Verpflichtung, dieselben zur Stammrolle anzumelden.

Wer die vorgeschriebene Meldung zur Stammrolle unterläßt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Die Herren Gemeindevorsteher wollen Vorstehendes in ihren Gemeinden in ortsüblicher Weise verbreiten.

Unna, den 20. Dezember 1909.

Der Amtmann:
Sabaß.

Herrschaftl. Wohnung, 1. Etage

in unserem Hause, **Bahnhofstraße 25,** zum 1. April zu vermieten.

In demselben Hause, parterre, zum 1. Juli eventl. früher

1 Wohnung mit großen Stallungen und Lagerräumen.

79 **Gebrüder Jacoby,** Bahnhofstr. 16.

Schöner Teint

ein zartes, reines **Gesicht,** rosiges, jugendfrisches **Aussehen,** weiße, sammetweiche **Haut** ist der Wunsch aller Damen.
Alles dies erzeugt die allein **echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul, à St. 50 Pf. bei: **W. Felting, Heinr. Jacobi,** Drog., **C. Müller jr.,** Löwen-Drogerie, **H. P. Thiel.** 264

Flechten

näss. u. trockene Schuppenflechte, skroph. Ekzema, Hautausschläge,

offene Füße

Beinschäden, Beingeschwüre, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig;

wer bisher vergeblich hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten

Rino-Salbe

frei von schädl. Bestandteilen.
Dose Mark 1,15 u 2,25
Dankschreiben gehen täglich ein.
Nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot und mit Firma Schubert & Co., Weinböhla-Dresden.
856 Fälschungen weise man zurück.
Zu haben in den Apotheken.

Königl. Maschinenbau- u. Hüttenschule in Duisburg.

Am **1. April 1910** werden neue Lehrkurse eröffnet:
1. **für Maschinenbau u. Elektrotechnik,** 2. **für Hüttenwesen, Giesserei und chem. Grossgewerbe.**
Schulgeld: Halbjährlich 30 Mk. h633
Aufnahmebedingung: 4 Jahre praktische Berufstätigkeit.
Programme werden kostenfrei zugesandt von der **Direktion.**

Städt. Volksbibliothek
Am Kirchplatz.

Die Bibliothek ist während des Winterhalbjahres an folgenden Tagen geöffnet:

Sonntag von 11½—12½ Uhr.
Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag } von 6—8 Uhr abends

Der Ausschuß.

Bekanntmachung.

Am 1. Januar d. J. ist bekanntlich die neue Polizeiverordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 26. Oktober v. J., die Einrichtung und den Betrieb von Bierdruckvorrichtungen betreffend, in Kraft getreten. Um die Durchführung der Bestimmungen zu prüfen, werden wir im Laufe des Monats März d. J. durch unsere Beauftragten (Eichmeister Bohde und Polizeisergeant Gleißner) zum ersten Mal **eine Revision der Gast- und Schankstätten** vornehmen lassen. Dieses geben wir den betreffenden Gewerbetreibenden mit dem Bemerken bekannt, daß bei der Revision festgestellte Uebertretungen Strafen nach sich ziehen. Die Gewerbetreibenden wollen daher zeitig die maßgebenden Handwerksmeister mit der Vornahme von Abstellungen etwaiger Unstimmigkeiten ꝛc. an ihren Apparaten betrauen. Das neue Revisionsbuch, in dem die neuen Bestimmungen enthalten sind, muß bei der Revision vorliegen.

Kamen, den 11. Januar 1910.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Versicherung
gegen
Wasserleitungs-Schäden
übernimmt gegen mäßige Prämien und unter günstigen Bedingungen die
Aachener u. Münchener Feuer-Vers.-Ges.
Nähere Auskunft durch die
Agentur Fr. Meyer-Kamen, Westfstr. 54 a.

Palmin

Miet-Pianos
in grosser Auswahl, günstige Bedingungen bei späterem Kaufe
Rudolf Ibach Sohn,
Barmen, Neuerweg 40/42.

Bekanntmachung,

betr. die verlängerte Geschäftszeit bis 10 Uhr abends für das Jahr 1910.

Auf Grund des § 139e Abs. 2 Nr. 2 der Reichsgewerbeordnung und Ziffer 11 und 14 der Ausführungsanweisung vom 24. August 1900 wird für den Bezirk der Stadt Kamen folgendes bestimmt:

Offene Verkaufsstellen dürfen im Kalenderjahre 1910 für den Gewerbebetrieb bis 10 Uhr abends geöffnet bleiben:

a) an jedem Sonnabend in der Zeit vom 18. Juni bis 17. September,
b) an den Wochentagen vom 17. bis Ende Dezember,
c) vor Ostern und vor Pfingsten an je fünf der dem Feste vorhergehenden Wochentage.

Kamen, den 5. Januar 1910.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Schnittmuster
der
„Gartenlaube"



nach den zahlreichen Modebildern in jedem Hefte

für Abonnenten **zum halben Preise!**

Jeder neu hinzutretende Abonnent erhält Gutscheine, die ihm den Bezug von Schnittmustern zur Hälfte des Preises sichern, den Nichtabonnenten zahlen müssen

Abonnements

auf die Gartenlaube mit dem Beiblatt „Die Welt der Frau" zum Preise von wöchentlich 25 Pfg. werden von allen Buchhandlungen jederzeit entgegengenommen. In Heft 1 beginnt der neue spannende Roman „Ein königlicher Kaufmann" von Ida Boy-Ed.

Wer

etwas zu kaufen, zu verkaufen, zu mieten, zu vermieten, wer Personal, Vertreter, Beteiligung, Stellung ꝛc.

sucht

und sich zu diesem Zwecke der Annonce bedienen will, wendet sich mit Vorteil an unsere Annoncen-Expedition. Er

findet

hier eine streng sachliche Beratung über die für seinen Zweck geeignetsten Blätter, über richtige Abfassung und auffällige Ausstattung seiner Anzeige und erzielt außerdem **eine Ersparnis an Kosten, Zeit u. Arbeit** schon beim kleinsten Auftrag.

Annoncen-Expedition
Rudolf Mosse
Köln a. Rh.
Hohestraße 94.

„Seit 3 Jahren litt ich an einem heftigen, häßlichen

Gesichts-ausschlag. 50

Schon nach 3täg. Gebrauch v. **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** war der Erfolg augenfällig. Die Pickel trockneten ein u. es bildeten sich keine neuen mehr. Nach Verbrauch von 2 Stück war meine Haut vollständig rein. P. N. in Crefeld." à Stück 50 Pfg. (15%ig) u. 1.50 M. (35%ig, stärkste Form). Dazugehörige Zuckooh-Creme 75 Pf. u. 2 M., ferner Zuckooh-Seife (mild), 50 Pf. u. 1.50 M. Bei **Heinrich Jacobi, Germania-Drog., Carl Müller jun., Löwen-Drog. u. H. P. Thiel., Drog.;** in **Heeren: Ew. Thiel.**

Schwächliche in der Entwicklung oder beim Lernen zurückbleibende **Kinder,** sowie **blutarme,** sich mattfühlende und **nervöse,** überarbeitete, leicht erregbare, frühzeitig erschöpfte **Erwachsene** gebrauchen als Kräftigungsmittel mit großem Erfolg **Bioglobin.**

Man verlange jedoch ausdrücklich das **echte,** nach Patentverfahren hergestellte **Bioglobin** und lasse sich keine der vielen Nachahmungen aufreden.

Der Appetit erwacht, die geistigen und körperlichen Kräfte werden rasch gehoben, das Gesamt-Nervensystem gestärkt.

Druck u. Verlag von C. May in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 30 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 8. Dienstag, den 18. Januar 1910. 38. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

Nach Eröffnung der Sitzung setzte das Haus, das nur schwach besetzt war, am Sonnabend die erste Beratung der Justiznovellen fort.

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Die Vorlage trägt trotz der formellen Schönheiten, die an ihr gelobt werden, einen durchaus reaktionären, rechtsfeindlichen Charakter und weist die Merkmale der Klassenjustiz auf. Was das Legalitätsprinzip angeht, so ist allerdings zu billigen, daß der amtliche Verfolgungsapparat wegen Lappalien nicht mehr in Bewegung gesetzt werden soll; aber deshalb Delikte, die zum Nachteile der Arbeiterschaft begangen werden, wie Nichtzahlung der Krankenkassenbeiträge, Verletzung der Sonntagsruhe, denen einzureihen, welche nicht mehr verfolgt werden müssen, ist doch entschieden Klassenjustiz. Dringend erforderlich ist die Trennung der Justiz von der Verwaltung. Die erweiterte Zuziehung des Laienelements genügt nicht, so lange Arbeiter und Frauen vom Laienrichteramt ausgeschlossen bleiben. Das Recht der Berufung gegen Strafkammerurteile sollte nur dem Angeklagten zustehen, dem Staatsanwalt jedenfalls nur dann, wenn neue Tatsachen und Beweismittel vorliegen. Anzuerkennen ist das Bemühen, den Jugendlichen größeren Schutz zu gewähren. Doch müssen die Erziehunsanstalten einer reichsgesetzlichen Kontrolle unterworfen werden. Die Bestimmungen über den Zeugniszwang der Presse sind nicht verbessert. Unerträglich ist der Zustand, daß eine Behörde ihren Beamten verbieten kann, Zeugnis abzulegen, auch wenn es die Unschuld eines Angeklagten gilt.

Staatssekretär **Dr. Lisco**:

Soweit die Ausführungen des Abg. Stadthagen sachliche Vorschläge enthielten, wird in der Kommission darüber verhandelt werden. Der Vorwurf, die Vorlage ebne der Klassenjustiz den Weg, ist unbegründet. Ueber die Meinung des Abg. Stadthagen, es wäre vielleicht richtig, die Strafbestimmungen über die Arbeiterschutzgesetze von der Einschränkung des Legalitätsprinzips auszunehmen, läßt sich in der Kommission verhandeln. Ich bin selbstverständlich dafür, daß die Laienrichter allen Berufen, also auch dem Arbeiterstande, entnommen werden, doch müssen es unabhängige Leute sein, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind und die nötige Intelligenz besitzen. Der Behauptung des Abg. v. Dziembowski, daß in der Provinz Posen politische Prozesse auf Tage verlegt worden seien, an denen die Richterbank von deutschen Richtern besetzt war, muß ich in dieser Verallgemeinerung widersprechen. Die dortigen Richter verfahren durchaus objektiv. Mit dem Abg. von Dziembowski halte auch ich für wünschenswert, daß die Richter bei den Landgerichten zwischen Zivil- und Strafkammer abwechseln; doch ist dies Sache des Präsidiums, nicht der Justizverwaltung. Daß der Schwerpunkt der Strafjustiz von jetzt ab in den Berufungssenaten liegen werde, kann ich nicht zugeben, denn volle Aufklärung in tatsächlicher Beziehung wird in der ersten Instanz gegeben. Gegenüber dem Abg. Dr. Müller-Meiningen stelle ich fest, daß für die Unterbringung jugendlicher Strafgefangener strenge Vorschriften bestehen, und daß es nirgends vorkommt, daß, wie der Abg. Dr. Müller-Meiningen behauptete, Jugendliche in den Gefängnissen mit Zuhältern und Dirnen zusammenleben müssen.

Abg. **Gräf-Weimar** (Wirtsch. Vgg.):

Gegen die Erweiterung der Kompetenz der Schwurgerichte auf politische und Preßprozesse bestehen doch Bedenken. Das Urteil wird leicht durch politische Motive beeinflußt. Laienrichter sollten auch für die Berufungssenate zugelassen werden. Es liegt darin kein Mißtrauen gegen die Berufsrichter. Der Bedarf an Schöffen wäre leicht zu decken, wenn die einzelnen Personen öfter herangezogen würden.

Abg. **Dr. Ablaß** (Freis. Vpt.):

Ob das Mißtrauen gegen die Strafkammerurteile durch Einführung der Berufungssenate beseitigt wird, ist zweifelhaft. Arbeiter müssen Schöffen und Geschworene werden können, Frauen Richter an den Jugendgerichten. Selbst in Sensationsprozessen ist oft weitestgehende Oeffentlichkeit geboten, so im Prozeß Dahsel. Es ist zu erwägen, ob nicht bestimmte Rechtsgarantien zu schaffen sind für das Ermessen der Staatsanwaltschaft, in welchen Fällen das Verfahren einzuleiten oder abzulehnen ist.

Hierauf wurde die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Es folgte die erste Lesung eines Entwurfes betreffend Aenderung des Strafgesetzbuches.

Staatssekretär **Dr. Lisco**:

Der Entwurf hat dem Reichstage schon in voriger Session vorgelegen und damals schon allgemeine Zustimmung gefunden. Einzelne Vorschläge sind bereits in der Kommission beraten worden. Den dort gefaßten Beschlüssen stellen die Verbündeten Regierungen keine Schwierigkeiten entgegen. Im Beleidigungsparagraphen wollen wir nur die Auswüchse der Publizistik treffen. Leuten, die die Ehrabschneiderei als lukrativen Erwerbszweig betreiben, soll das Handwerk durch hohe Geldstrafen gelegt werden. Die rechtswidrige Mitteilung von Telephongesprächen soll als Verletzung des Dienstgeheimnisses verfolgt werden.

Abg. Engelen (Ztr.) beantragte Ueberweisung an die Kommission für die vorher besprochenen Justizgesetze. — Die Abgg. Pernock (Kons.) und Dr. Heinze (Natlib.) begrüßten die Wiedereinbringung der Vorlage mit Genugtuung. — Abg. Dr. Müller-Meiningen (frs. Vpt.) bedauerte, daß die Kommissionsbeschlüsse in den Entwurf nicht schon hineingearbeitet wurden. — Abg. Heine (Soz.): Zur Bekämpfung der Revolverpresse sind Geldstrafen ein ungeeignetes Mittel. Die Presse, die öffentliche Rechte vertritt, darf jedoch nicht beschränkt werden, wie man das jetzt nach der Bloßstellung hochgestellter Personen in Prozessen haben will. — Staatssekretär Dr. Lisco: Der Vorentwurf war eine Privatarbeit, die der öffentlichen Kritik und der Strafrechtswissenschaft und den Bundesregierungen Gelegenheit zu Meinungsäußerungen geben sollte. Auf Grund dieser Vorarbeiten hat dann die Regierung Stellung genommen. — Abg. Dr. Varenhorst (Rpt.) wünschte strengeres Einschreiten gegen Tierquälerei und Kindermißhandlungen, die die Prügelstrafe rechtfertigten.

Die Vorlage ging alsdann an die Kommission für die Strafprozeßnovelle. Schließlich wurde noch der Gesetzentwurf über die Haftung des Reichs für seine Beamten nach kurzer Beratung an die Kommission verwiesen.

Abgeordnetenhaus.

Das Haus wählte am Sonnabend durch Zuruf die Abgg. v. Kröcher (Kons.) zum Präsidenten, Dr. Porsch (Zentr.) und Dr. Krause (Natl.) zum ersten bezw. zweiten Vizepräsidenten wieder. Sodann begann die erste Lesung des Etats.

Abg. **von Pappenheim** (Kons.):

Mit dem neuen Ministerpräsidenten, der reiche politische Erfahrungen gemacht hat, werden wir gern zusammen arbeiten. Es scheint uns aber zweifelhaft, ob seine Tätigkeit als Reichskanzler ihm genügend Zeit lassen wird, die preußischen Geschäfte wahrzunehmen. Bezüglich der Reichsfinanzreform bedauern wir, daß die preußische Regierung so gut wie nichts getan hat zur Aufklärung über die Wirkung der neuen Reichssteuern. Wir erkennen an, daß der neue Etat nach altpreußischem Muster der Sparsamkeit aufgestellt wurde. Bei der Erledigung der Frage der Schiffahrtsabgaben sollten einzelne Staaten im Interesse des Ganzen bereit sein, Opfer zu bringen.

Finanzminister Frhr. von Rheinbaben:

Ich stimme dem Vorredner darin bei, daß die Reichsfinanzreform von einzelnen Seiten in der bedauerlichsten Weise zum Gegenstand der Verhetzung gemacht wurde. Da es sich jedoch um eine Aktion des Reiches handelt, konnte nicht jeder Bundesstaat für sich in der Presse aufklärend wirken. Seitens des Reichsschatzamts ist in verschiedener Richtung Klärung erfolgt. Wenn wir nun aber das Wohl des Vaterlandes gemeinsam fördern wollen, so tun wir am besten, nicht mehr rückwärts zu schauen, sondern vorwärts und die Gegensätze aus Anlaß der Reichsfinanzreform auszugleichen. Darin sollten sich alle Parteien zusammenfinden.

Minister v. Breitenbach:

Was die Frage der Schiffahrtsabgaben betrifft, so verlangt die öffentliche Meinung, beruhigt zu werden. Preußen hat weitgehendes Entgegenkommen bewiesen und sich bemüht, die Vorlage so zu gestalten, daß ihr nicht der Vorwurf partikularistisch-fiskalischer Absichten gemacht werden kann. Es handelt sich um ein großes Gemeinwirtschaftssystem, dem man große nationale Bedeutung nicht absprechen kann. Die Regierung meint, daß sie mit ihrer Vorlage Erfolg haben wird, und ist überzeugt, daß man ihr niemals den Vorwurf machen wird, sie sei rückschrittlich gewesen, daß man vielmehr sagen wird, sie sei fortschrittlich geworden. Die Verhandlungen werden durchaus in bundesfreundlichem Sinne geführt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Friedberg** (Natlb.):

Die sogenannte Reichsfinanzreform ist in sozialpolitischer Hinsicht das unglücklichste Ding, das jemals das Licht der Welt erblickte. Unser Standpunkt zu den Schiffahrtsabgaben ist derselbe geblieben. Wir halten die Schiffahrtsabgaben nicht für eine erwünschte Einrichtung. Wenn der Ausbau unserer Ströme aber nur durch Einführung von Schiffahrtsabgaben gewährleistet werden kann, so müssen wir uns damit abfinden unter der Voraussetzung, daß die Einnahmen wieder zur Verbesserung der Ströme verwandt werden. Zu den einzelnen Etats kann ich anerkennen, daß mit größter Sparsamkeit vorgegangen wird. Bei der Verwaltungsreform ist vor allen Dingen Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern notwendig. Die Nationalliberalen werden mit den Parteien, die ihnen von rechts und links am nächsten stehen, gern im Interesse des Vaterlandes zusammen arbeiten, wir lehnen aber unnatürliche Koalitionen ab. Deshalb ist das alberne Gerede von einem Großblock unsinnig.

Abg. **Herold** (Ztr.):

Die Reichsfinanzreform war durchaus zweckmäßig für das Allgemeinwohl, ihr Zustandekommen ist ein großes Verdienst. Die Freisinnigen und Nationalliberalen haben sich lediglich aus parteipolitischen Gründen ablehnend gegen die Reform verhalten und eine Agitation entfaltet, welche sich in nichts mehr von der Agitation der Sozialdemokraten unterscheidet. (Widerspruch links.) Der Abg. Dr. Friedberg stellte den Großblock in Abrede, aber wie war es in Baden und Dortmund? Betreffs der Schiffahrtsabgaben hoffen wir, daß der von der Regierung eingeschlagene Weg zum Ziele führt. Wir erkennen an, daß der Etat sparsam aufgestellt ist. Was das Wahlrecht betrifft, so verlangen wir vor allem geheime Wahl, auch für die Kommunen. Die Aufsicht der Behörden gegenüber der Selbstverwaltung muß eingeschränkt werden. Für die Volksschulen halten wir an der geistlichen Schulaufsicht fest. Wir sind keine konfessionelle Partei, wir vertreten die Interessen des ganzen Vaterlandes. Nur bei gegenseitiger Duldung werden wir zum konfessionellen Frieden kommen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.

König Leopolds Nachlaß.

Prinzessin Luise von Belgien, geschiedene Prinzessin von Sachsen-Koburg-Gotha, Königliche Hoheit, kommt nicht zur Ruhe. Die Millionen, die der Tod des Königs Leopold ihr bringen sollte, drohen in den Händen der Gläubiger zu verschwinden. Sonnabend wurde in Brüssel die erste Rate des Nachlasses König Leopolds an die Erben in Höhe von 13 Millionen ausgezahlt. Daraufhin hat sich die Bank von Brüssel bereit erklärt, „a conto" der zu erwartenden ersten Rate der Prinzessin fünf Millionen zu zahlen. Davon sollen drei Millionen in der Bank für die Schulden der Prinzessin bleiben, während sie zwei Millionen sofort bar erhalten sollte. — Aber das Schicksal hatte es anders beschlossen. Der geschiedene Gemahl der Prinzessin, Prinz Philipp von Koburg, hat durch seinen Brüsseler Advokaten Beschlag auf diese zwei Millionen legen lassen, da er seit der Scheidung zwei Millionen Schulden für die Prinzessin bezahlt habe. So ist Luise jetzt wieder ohne Barmittel.

Uebrigens ist zwischen der Prinzessin und ihren Gläubigern ein Vergleich zustande gekommen, wonach die unbestrittenen Forderungen 1½ Millionen und die bestrittenen ebensoviel betragen. Unter den letzteren befindet sich auch die Rechnung eines Wiener Advokaten mit 500 000 Francs für erteilte und noch zu erteilende Ratschläge. In welcher Lage sich die Prinzessin befindet, erhellt am besten daraus, daß sie, um zum Begräbnis des Königs nach Brüssel zu kommen, einen Wechsel von 20 000 Francs unterschreiben mußte. Wenn der Nachlaß Leopolds erst völlig realisiert ist, dürfte immerhin noch eine hübsche Summe für die Prinzessin übrigbleiben. Wie lange sie damit reichen wird, das allerdings ist eine andere Frage.

Aus aller Welt.

— **Das kaiserliche Gut Cadinen** hat aus dem Hagenbeckschen Tierparke in Hamburg einen Zebubullen erhalten, der 3½ Jahre alt ist und etwa neun Zentner wiegt.

— **Eine der brennendsten Tagesfragen,** insbesondere für jede Großstadt, ist zweifellos die der Beseitigung der menschlichen Fäkalien. Es dürfte daher allgemein interessieren, zu hören, daß dem Inhaber der Firma Conr. Schmidt & Co. in Leipzig bei seinen Reisen in Frankreich ein französisches Verfahren bekannt geworden ist, Fäkalien in rentabler Weise zu schwefelsaurem Ammoniak zu verarbeiten; es gelang ihm, dies Verfahren nach Deutschland zu übertragen. Neben der Rentabilität hat es den bisher unerreichten Vorzug, daß die dabei vorkommenden Abwässer bis auf 0,002 Prozent bakterienfrei sind, also jedem Flußlauf ohne Schädigung zugeführt werden können. Von den sonstigen Vorteilen ist zu erwähnen, daß an Stelle der bisherigen Ausgaben für Beseitigung der Fäkalien eine nicht unbeträchtliche Rente erzielt wird, sowie daß das dabei gewonnene Ammoniak der Landwirtschaft als konzentrierter Stickstoffdünger nutzbar gemacht ist und somit das Geld dafür in Deutschland bleibt, statt für Chili-Salpeter oder dergleichen nach dem Ausland zu wandern. — Mit dem Bau der ersten derartigen deutschen Anlage wird im Laufe dieses Jahres bei Chemnitz begonnen, nachdem sich zu diesem Zweck vor einigen Tagen dortselbst eine Aktiengesellschaft konstituiert hat.

— **Berliner Polizeihunde in Bogueslawice.** In der Raubmordaffäre von Bogueslawice nimmt man jetzt an, daß der an der Tat beteiligte oder dazu gedungene Russe ebenfalls ermordet und in der Nähe der Mordstelle verscharrt worden ist. Um die ganze Umgebung der Mordstelle noch einmal gründlich abzusuchen, sind aus Berlin zwei Polizeikommissare mit zwei Polizeihunden eingetroffen. Die Gerichtskommission hat sich nach Bogueslawice begeben, um mit den Hunden eine gründliche Absuchung vorzunehmen. Inzwischen ist in der Sache eine neue Verhaftung erfolgt. In Senftenberg in der Niederlausitz wurde im Abraumbetriebe der Firma Döring und Lehmann ein Mann verhaftet, auf den die Beschreibung des Raubmordes Verdächtigen paßt. Bei seiner Vernehmung leugnete er alle Beziehungen zur Bluttat, verwickelte sich aber in Widersprüche. Der Mann hatte zwei verschiedene Legitimationen bei sich, darunter auch die eines von Liegnitz aus gesuchten Raubmörders Baran. Diese auf Baran lautenden Papiere will er unterwegs von einem Unbekannten gekauft haben.

*

Der Forschungsreisende Burchhardt ein ehemaliger Gerichtsvollzieher?

Ein geheimnisvoller Schleier umgibt bekanntlich die Lebensgeschichte des vor ca. zwei Wochen in der Provinz Yemen in Arabien auf der Reise von Sana nach Talis ermordeten deutschen Forschungsreisenden August Burchhardt. Mann weiß nur, daß er ein Sonderling war und wiederholt Reisen in das Innere Arabiens unternommen hatte, deren letzte ihm so verhängnisvoll werden sollte. Von englischer Seite ist dann auch noch die Behauptung aufgestellt worden, daß er bestimmte deutsche Interessen in Yesen vertreten sollte und gewissermaßen als bezahlter Agent der deutschen Regierung dort zu Tode gekommen sein. Jetzt kommt aus Höhscheid bei Solingen die Nachricht, daß Hermann Burchhardt dort herstamme und in diesem Orte eine Frau mit acht Kindern sitzen gelassen haben soll. Tatsächlich ist vor acht Jahren in Höhscheid ein Vollziehungsbeamter Burchhardt tätig gewesen und unbekannt wohin verschwunden. Auf der Redaktion des „Generalanzeigers für Solingen" meldet sich nun die Frau des August Burchhardt geb. Wilhelms aus Höhscheid-Widdert mit der Erklärung, daß der ermordete Forschungsreisende Hermann Burchhardt identisch mit ihrem verschwundenen Gatten, den Vollziehungsbeamten August Burchhardt sei, der sie am 12. August 1882 in Düsseldorf geehelicht habe. Aus dieser Ehe seien acht Kinder hervorgegangen. Im Jahre 1891 sei Burchhardt, der stets große Reiselust gezeigt habe und sich in seiner Vollziehungsbeamtenstellung in Höhscheid nicht wohl fühlte, plötzlich verschwunden und nach Amerika ausgewandert. Sie habe seit seinem Verschwinden nichts mehr direkt von ihm gehört, wohl aber sei ihr auf Umwegen die Nachricht zugegangen, daß Burchhardt von Amerika zurückgekommen sei und sich die letzte Zeit in Italien und Arabien aufgehalten habe. Da sich aus Anlaß der Ermordung des unglücklichen Forschers schon verschiedene Bekannte von ihm gemeldet haben, die ihn längere Zeit kannten, so wird es ja ein leichtes sein, festzustellen, ob der ermordete Forschungsreisende und der aus Höhenscheid ausgerückte Gerichtsvollzieher ein und dieselbe Person sind.

*

— **Ueber 100 Opfer der Dezemberstürme.** Nach den bisherigen Feststellungen sind im Dezembersturm von Schiffen, die sich auf der Fahrt von oder nach der Elbe und Weser befanden, drei Dampfer, drei Schoner, zwei Tjalken und neun Fischerkutter untergegangen, wobei nach vorläufiger Zusammenstellung 108 Mann ertrunken sind. Unter den Umgekommenen befinden sich 36 Fischer aus Finkenwärder und 23 Mann des Hamburger Dampfers „Capua".

— **Auf der Hasenjagd** entlud sich das Gewehr des Hofbesitzers Riggelsen in Möltrup am Viberg beim Ueberklettern eines Walles. Die Schrotladung traf den Schützen so unglücklich, daß er sofort starb.

In das Schuldbuch des Auswärtigen Amts

ist ein neues Konto einzutragen. Es meldet sich jetzt wieder ein Kaufmann Karl Sunkel aus Lüneburg, der, so schreibt der „Hann. Cour.", seit Jahren — only a German — vergeblich englischer Entschädigungsgelder harrt. Ein unschuldigs Opfer des Burenkrieges, wurde er 1901 von den Soldaten Kitcheners mit Kind und Kegel ins Konzentrationslager geschleppt. Als er wiederkam, war seine ganze Farm, der Fleiß vieler Jahre, in den Boden hinein zerstört. Sein Schaden wurde auf 8463 Pfund (= zirka 170 000 Mark) abgeschätzt, wovon ihm bis Ende 1906 ein Abschlag von 1516 Pfund ausbezahlt war. Gerade genug, die Reisekosten nach Kapstadt und Europa zu decken, die nötig gewesen, ihn im englischen Beutel locker zu machen, so daß für den Wiederaufbau der Farm kein Farthing übrig blieb. Ueberdies lediglich „aus Gnade" bezahlt, obgleich selbst nach englischem Zugeständnis nicht der Schlagschatten einer Schuld auf Sunkel lastet. Das Auswärtige Amt machte daher den Vorschlag eines Schiedsgerichts, foreign office aber wies ihn mit Entrüstung zurück. „Es gehe wider die Ehre der englischen Regierung, Richter darüber befinden zu lassen, ob ihre Obersten richtig gehandelt." Das klingt, als ob Bismarck spräche. Es hat eben die ganze Welt von dem Meister gelernt, nur seine Lehrlinge nicht. Seine Nachfolger gaben sich mit dieser Abtrumpfung gern zufrieden. Der Fall wäre schon lange totgeschwiegen, wenn nicht Sunkel zu jenen „Querulanten" gehörte, die nicht locker lassen, weil sie der fixen Idee leben, das Auswärtige Amt habe die Pflicht, jedem Auslandsdeutschen zu seinem Recht zu verhelfen. Durch unbequeme Beharrlichkeit erzwang er sich denn auch in der Tat alle paar Jahre eine Antwort. Am 7. September 1906 wurde er z. B. aus der Wilhelmstraße durch die Kunde beglückt, daß man jetzt (nach fünf Jahren!) auf die Idee gekommen sei, seine Ansprüche völkerrechtlich prüfen zu lassen. Die Prüfung fiel tadellos aus. So kam denn am 10. Februar 1900 die fernere Nachricht, daß „die deutschen Forderungen" (es hatten sich noch mehr durch Tatzenschläge des englischen Leoparden geschädigte Transvaaldeutsche gemeldet), jetzt (also nach acht Jahren!) sämtlich der britischen Regierung vorlägen". Seitdem hat das Amt nichts mehr von sich hören lassen. Als im November 1907 eine australische Firma gegen das Deutsche Reich bagatellhafte Ansprüche erhob, erklärte der australische Premier, die australische Forderung solle mit der südafrikanischen Gegenforderung Deutschlands verbunden behandelt werden. Zwei Monate später war Burns, Philp u. Co. befriedigt, da unser großmütiges Auswärtiges Amt auf gleichzeitige Behandlung der südafrikanischen Ansprüche zur höheren Ehre seiner Noblesse, aber auf Kosten seiner Schutzverwandten verzichtet hatte. „Seien Sie ruhig, es wird alles bezahlt", hat der deutsche Konsul in Kapstadt Herrn Sunkel vertröstet. Aber fragt mich nur nicht: wann? Im März 1905 schon hat der Abg. Graf Reventlow die Sache im Reichstag angeschnitten. Fünf Jahre sind seitdem verflossen und sie schwebt immer noch!

Deutschland.

— **(Mehr wie menschliche Solidarität.)** Die „Italia" schreibt, das Telegramm der Königin Helena an die deutsche Kaiserin und die Tatsache, daß das deutsche Komitee die größte Summe, nämlich 10 Millionen Francs für Sizilien und Calabrien gesammelt hat, wird in politischen Kreisen als weit über die Grenze eines Aktes menschlicher Solidarität und menschlichen Mitleids hinaus gehend angesehen. Man hält es als einen politischen Akt von hoher Bedeutung. Der in Deutschland gesammelte hohe Betrag ist eine mächtige Sympathiekundgebung des deutschen Volkes für Italien.

— **(Ein seltsamer Vorfall.)** Bei dem Jubiläumsfestmahl des kaiserlichen Automobil-Klubs teilte Prinz Heinrich mit, daß der Präsident des französischen Automobil-Klubs, Baron von der Zuylen, leider nicht anwesend sei. Er habe ein Telegramm erhalten mit der falschen Nachricht, das Festmahl sei mit Rücksicht auf eine Hoftrauer abgesagt worden. Eine Untersuchung über den seltsamen Vorfall sei eingeleitet.

— **Ueber die Ausbildung der Referendare** im Gerichtsschreiberdienst hat der Justizminister in seiner Verfügung vom 11. d. Mts. neue Bestimmungen getroffen, die vornehmlich dahin zielen, der über den Rahmen der Ausbildung hinausgehenden Beschäftigung der Referendare mit der Tätigkeit der Gerichtsschreiber, insbesondere im Sitzungsdienst, entgegenzutreten. Die Heranziehung der Referendare zu den Verrichtungen eines Gerichtsschreibers soll lediglich zum Zwecke der Ausbildung, nicht aber aus anderen Gründen, insbesondere nicht zur Entlastung der Gerichtsschreiberei erfolgen. Die Referendare sollen daher im allgemeinen zu solchen Gerichtsschreiber-Geschäften herangezogen werden, die ihnen als Mittel zur Ausbildung dienen können.

— **(Die Eröffnung der Luftschiffbeförderungen gesichert.)** In einem Vortrag, welchen Major von Parseval in München, in Gegenwart der Prinzen Ludwig Ruprecht und Leopold, sowie des Kriegsministers Freiherrn von Horn hielt, teilte er mit, daß für Anfang Mai dieses Jahres die Eröffnung des Betriebes der von der Münchener Parseval Luftschiffahrtgesellschaft mit Unterstützung der Stadt München geplanten Fahrten mit einem Parsevalballon von München aus gesichert ist.

— **(Sachsen gegen die Schiffahrtsabgaben.)** In der Frage der Schiffahrtsabgaben beharrt die sächsische Regierung bei ihrem Widerstande. In der Sitzung der sächsischen Ersten Kammer erwiderte Ministerpräsident Graf Vitzthum von Eckstädt auf verschiedene Anfragen aus dem Hause, die Regierung lehne nach wie vor die Einführung von Schiffahrtsabgaben ab. Dieser Standpunkt vertrage sich aber auch durchaus mit dem Wunsche, wie bisher die bundesfreundlichen Beziehungen mit der preußischen Regierung in altbewährter Weise zu pflegen. Er glaube im übrigen, auch die preußische Regierung teile die Ansicht, daß Verfassungsänderungen, soweit ihnen grundsätzliche Rechte einzelner Bundesstaaten entgegenstehen, nicht ohne Zustimmung dieser Staaten beschlossen, und jedenfalls nicht gegen ihren Willen zur Durchführung gelangen sollten. In der Diskussion bemerkte u. a. der bekannte Rechtslehrer Professor Wach: Es handle sich um eine Aenderung des Artikels 54 der Reichsverfassung. Die Reichsverfassung aber sei das Bollwerk unserer nationalen Existenz. Wer sie ändern wolle, müsse erst beweisen, daß eine solche Aenderung dem Reiche zum Wohle gereiche. Er zweifle aber, ob dieser Beweis gelinge.

— **(Der Fall Mannesmann.)** Eine deutsche Antwort. Unter diesem Titel ist im Verlag Continent, G. m. b. H., Berlin, eine Broschüre von Hans A. Osman herausgegeben worden, die zur energischen Wahrung der deutschen Interessen gegenüber der schwächlichen Haltung des Auswärtigen Amts bestimmt ist. Die Broschüre enthält ein fast überreiches Material zur Beurteilung der Minenkonzessionsfrage, und besonders wertvoll erscheint die Wiedergabe der zahlreichen Preßstimmen aus allen Lagern zugunsten der von den Gebrüdern Mannesmann erworbenen Rechte.

— **Die Abhaltung eines Abiturientenexamens** sollte, wie wir mitteilten, in Schwelm von der Nachgiebigkeit der dortigen Stadtverordneten abhängig gemacht werden. Die Sache lag so, daß die Stadt beschlossen hatte, einen Neubau für das städtische Realgymnasium unter der Bedingung auszuführen, daß die Regierung ihren Zuschuß für die Anstalt um rund 8000 Mark jährlich erhöhe. Hierauf wurde vom Minister die bedingungslose Ausführung des Neubaues verlangt, da sonst die Genehmigung zur Abhaltung der Abiturientenprüfung verweigert werden würde. Man rechnete allgemein mit einer Zurücknahme der Anordnung. Diese ist indessen nicht erfolgt, vielmehr haben die Schwelmer Stadtväter, die sich erst über die Verfügung sehr entrüsteten, jetzt nachgegeben. Das Wörtlein „sofort", das in bezug auf den Neubau gebraucht worden war, ist von der Behörde allerdings in „binnen vier Jahren" umgeändert worden. Der Beschluß der Stadtverordneten ist ja aus dem Wunsche, Ruhe und Frieden in der Gemeinde zu haben, verständlich. Das Verhalten der Regierung aber, die die Abiturienten zu Prügelknaben machen will, muß aufs schärfste verurteilt werden. Eine Hilfe hätte gerade die Stadt Schwelm, die unter einer hohen Steuerlast zu seufzen hat, recht wohl verdient. Indessen — das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Vielleicht versagt der Magistrat die Zustimmung zu dem Beschlusse der Stadtverordneten. Es würde dem Provinzialschulkollegium damit die richtige Antwort erteilen.

Ausland.

Frankreich.

— **(Die Pickelhaube in der französischen Armee.)** Das 6. Husarenregiment in Commercy ist dazu bestimmt worden, den neuen Helm der leichten Kavallerie auszuprobieren, der fortan den häßlichen, schweren und unpraktischen Tschako dieser Waffe ersetzen soll. Es geht daraus hervor, daß sich Frankreich nun endlich, wenn auch mit sichtlichem Widerwillen, zur Einführung von Helmen entschlossen hat, da auch auch die Feldartillerie seit einigen Jahren diese Kopfbedeckung trägt. Der jetzt zu erprobende Helm soll ein kleineres und leichteres Modell des bisherigen Dragonerhelms darstellen, also auch aus Stahl gefertigt sein, und er soll für die Husaren und berittenen Jäger, von ein paar rein äußerlichen Abzeichen abgesehen, identisch geformt sein.

England.

— **(Die englischen Wahlen.)** Bis Sonnabend 9½ Uhr abends waren 11 Unionisten, 3 Liberale, 1 Kandidat der Arbeiterpartei und 5 Nationalisten gewählt.

Spanien.

— **(Maßregelung spanischer Offiziere.)** Infolge von Kundgebungen, die eine Gruppe von Offizieren vor dem Hause einer militärischen Zeitung in Madrid wegen deren Kritik an den Auszeichnungen für die Teilnehmer an den Kämpfen in Marokko veranstaltete, hat die Regierung folgende Maßregelungen verfügt: Der Generalkapitän von Madrid ist seines Amtes enthoben worden, alle Korpskommandeure sind, soweit ihnen unterstellte Offiziere an den Kundgebungen teilgenommen haben, zur Disposition gestellt worden. Mehrere Offiziere, die die Demonstranten anführten, wurden mit Festungshaft bestraft; die übrigen Demonstranten soll dieselbe Strafe treffen, sobald ihre Namen festgestellt sind. Eine große Anzahl von Generalen, unter ihnen der frühere Kriegsminister Linares, hat den Kriegsminister zu den Maßregelungen, die er wegen der von Offizieren veranstaltungen Kundgebungen verfügt hat, beglückwünscht. Der Kriegsminister hatte eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten.

Türkei.

— **(Warum die Türkei deutsche Instrukteure bevorzugt.)** Der türkische Kriegsminister und bisherige Generalissimus Mahmud Schefket Pascha hatte mit dem Vertreter des „Temps" eine Unterredung, in welcher er sich über sein persönliches Verhältnis zu Deutschland und Frankreich ausließ. Der Minister erklärte: „Man wirft mir vor, daß ich seit meinem jüngsten Besuch in Deutschland eine besondere Vorliebe, ihre Organisation und Disziplin an den Tag lege. Ich hege eine große Bewunderung für die deutschen Offiziere und Soldaten, die ich gar nicht verheimliche. Die deutschen Reglements haben sich stets ausgezeichnet bewährt und andererseits zwingt uns die gegenwärtige Lage, die deutschen Reglements auch nicht durch andere zu ersetzen. Was nun den Vorwurf betrifft, daß wir mit Vorliebe deutsche Instrukteure engagieren, so muß ich erwidern, daß doch für die Anwendung der deutschen Reglements deutsche Offiziere gewiß die berufensten Vertreter sind. Wenn wir bei der Vergebung unserer Armeelieferungen deutsche Firmen bevorzugten, so geschah dies deshalb, weil diese Firmen am schnellsten, billigsten und besten lieferten. Uebrigens hat der Ministerrat beschlossen, im nächsten Jahre 17 türkische Offiziere zu einem Ausbildungskursus nach Frankreich zu entsenden. Ich bin, so schloß Mahmud Schefket Pascha, weder Germanophile noch Francophile, ich bin vielmehr beides zugleich. Vor allem aber bin ich Turcophile, woraus man mir wohl weder in Paris noch in Berlin einen Vorwurf machen wird."

Amerika.

— **(Eine Botschaft Tafts.)** Präsident Taft übersandte dem Kongreß eine Botschaft, in welcher er die Erhaltung der Wälder und der anderen Hilfsquellen des Landes empfiehlt und anregt, in Zukunft die Bergwerksgerechtigkeiten auch aus den Regierungsländereien, die für die Landwirtschaft freigegeben sind, zurückzuhalten. Ferner empfiehlt die Botschaft die Ausgabe von Bonds, welche die Summe von dreißig Millionen Dollars nicht überschreiten, zum Zwecke der Vervollständigung der Bewässerungsanlagen, die bereits in Angriff genommen sind. Alsdann befürwortet sie die Vertiefung der inländischen Wasserwege und zu diesem Zwecke in erster Linie den Bau von Deichen am Ohio, an der Strecke zwischen Pittsburg und Cairo, um eine Minimaltiefe von 9 Fuß zu erhalten. Die Kosten werden auf 63 Millionen Dollars geschätzt.

Westfalen u. Rheinland.

(?) **Herne,** 17. Jan. **(Unstatthafte Selbsthülfe.)** Um einen Schuldner zahlungswillig zu machen, hat der bei der Möbelfirma Rosener hierselbst angestellte Geschäftsführer Robert Heymann zu einem Verfahren gegriffen, das zwar in manchen Fällen recht wirksam sein mag, aber darum doch keineswegs einwandsfrei erscheint. Die genannte Firma hatte einem Kunden namens Büchener Möbel geliefert, und da es schwer war, Zahlung zu erlangen, fertigte Heymann ein Mahnschreiben aus, dem er durch unzulässige Manipulationen einen amtlichen Anstrich gab. Den amtlichen Stempel ersetzte er durch den Abklatsch der Rückseite eines Zweimarkstückes auf dem Schriftstück, das er mit „Heymann, Gerichtsvertreter" unterzeichnete. Büchener glaubte, er habe einen Zahlungsbefehl vor sich und sandte die Aufforderung zum Zwecke des Widerspruchs an das Amtsgericht. Dort wurde die Nachahmung natürlich sofort entdeckt und Strafanzeige gegen Heymann veranlaßt. Nunmehr stand Heymann vor der Bochumer Strafkammer, die ihn mit einer Geldstrafe von 30 M. belegte.

** **Gelsenkirchen,** 17. Jan. **(Todessturz.)** Der Arbeiter Robert Tönniges fiel in einem Hause der Bismarckstraße die Treppe herab und zog sich eine Lungenverletzung zu, an deren Folgen er kurz nachher starb.

** **Gelsenkirchen,** 17. Jan. **Die hiesige Polizei verhaftete** den Sohn eines angesehenen hiesigen Kaufmanns wegen Verbrechens gegen § 218 Str.-G.-B. Wegen desselben Verbrechens werden noch ein Buchhandlungsgehülfe sowie ein Friseur gesucht.

** **Horst-Emscher,** 17. Jan. **(Gebet acht auf eure Kinder!)** Von zwei allein zu Hause gelassenen Kindern einer Bergmannsfamilie kam das eine, 1 Jahr alte Söhnchen, dem Ofen zu nahe, so daß die Kleider Feuer fingen. Im Krankenhause erlag das Kind den schweren Brandwunden.

(?) **Recklinghausen,** 17. Jan. **(Schwurgericht.)** Der Bergmann Jean Zureck aus Recklinghausen-Süd und der Bergmann Adalbert Rybczynski aus Herne hatten sich vor dem Bochumer Schwurgericht wegen betrügerischen Bankerotts bzw. wegen Beihülfe dazu zu verantworten. Nach Annahme der Staatsanwaltschaft hat Zureck, als er zahlungsunfähig wurde, Schiebungen vorgenommen, Gläubiger begünstigt rc. Wie oben schon angegeben, ist der erste Angeklagte von Beruf Bergmann. Im Jahre 1904 eröffnete er in Recklinghausen-Süd ein Kolonialwaren-, Manufakturwaren- und Kurzwarengeschäft, das nach seiner Ansicht immer flott gewesen ist. Im Oktober 1908 wurden bei Zureck die ersten Pfändungen vorgenommen, denen dann weitere folgten. Es gelang ihm aber stets, Geld zur Deckung der Forderungen zu beschaffen. Im Frühjahr 1909 übertrug Zureck plötzlich auf Grund eines Vertrages dem Mitangeklagten Rybczynski sein Geschäft und eine Zimmereinrichtung, ein Gläubiger Brust erhielt eine Darlehenshypothek, lautend auf 6000 M. Bald darauf wurde der Konkurs über das Vermögen Zurecks eröffnet. Es meldeten sich etwa 40 bis 50 Gläubiger, die insgesamt ungefähr 10 000 M. zu fordern hatten. Zureck erklärte in der Verhandlung die Geschäftsübertragung folgendermaßen: Er habe seit dem Jahre 1906 wiederholt Prozesse geführt und gebaut. Rybczynski, mit dem er als Nachbar bekannt geworden sei, habe ihm auf seinen Wunsch im Jahre 1906 800 M., im nächstfolgenden 700 M. und im Jahre 1908 500 M. zur Bestreitung der Kosten geliehen. Ende Februar v. Js. sei er von Rybczynski auf Rückzahlung des Geldes gedrängt worden, da der letztere ebenfalls ein Geschäft kaufen wollte. Er habe aber das Geld nicht zurückzahlen können, und man sei sich dahin einig geworden, daß Rybczynski das Kolonialwarengeschäft und eine Zimmereinrichtung zum Preise von 2300 M. übernehmen und an Zureck die fehlenden 300 M. in bar auszahlen sollte. Dies sei dann vertraglich festgelegt worden. Der Gläubiger Brust habe ihm zur Bestreitung von Baukosten insgesamt 6700 M. geliehen. Die letzten 700 M. hat Zureck nach seiner Behauptung erst nach Ausstellung von Hypothek von Brust erhalten können. Von einer Bevorzugung verschiedener Gläubiger könne also keine Rede sein. Der Mitangeklagte Rybczynski hat nach Angabe Zurecks über jedes einzelne Darlehen einen Schuldschein erhalten, diese Scheine bei Tätigung des Vertrages aber wieder zurückgegeben. Um die Annahme zu widerlegen, daß das alles nur Schiebung sei, legte Rybczynski, der die Ausführungen Zurecks bestätigte, sein Lohnbuch vor. Aus demselben geht hervor, daß er monatlich 150 bis 250 M. verdient hat und wohl in der Lage gewesen sein kann, dem Mitangeklagten Gelder in der angegebenen Höhe zuzuwenden. Die Aussagen der Zeugen erbrachten keinerlei Beweise für die Schuld der Angeklagten. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, worauf Zureck und Rybczynski freigesprochen wurden.

** **Osterfeld,** 17. Jan. **Totgedrückt** wurde auf dem Rangierbahnhof Osterfeld-Süd der Rangierer Lauf von hier, der beim Abkoppeln zwischen die Puffer zweier Wagen geriet.

** **Köln,** 17. Jan. **Die Kölner Strafkammer** befaßte sich mit dem schweren Einbrecher, dem Kutscher Jülich, der jüngst in die Villa der Witwe Zander in Bergisch-Gladbach, der Besitzerin der dortigen Papierfabrik, eindrang und, als er von der Witwe überrascht wurde, diese zu erdrosseln versuchte. Während der Staatsanwalt 2 Jahre Gefängnis beantragte, ging der Gerichtshof über den Antrag hinaus und erkannte auf eine dreijährige Gefängnisstrafe angesichts der außerordentlichen Frechheit, mit der der Verbrecher zu Werk gegangen sei.

** **Emmerich,** 17. Jan. **(Aus der Haft entlassen.)** Anfangs Dezember v. Js. gab, wie seinerzeit gemeldet, der beim hiesigen Amtsgericht beschäftigte Referendar Kalthoff auf das Küchenmädchen eines hiesigen Hotels einen Revolverschuß ab, der das Mädchen verletzte. Jetzt wurde das Verfahren gegen K. eingestellt und dieser aus der Haft entlassen. Es wurde fahrlässige Körperverletzung angenommen, ein Strafantrag des verletzten Mädchens lag nicht vor.

** **Emmerich,** 17. Jan. **(Lebensmüde.)** Nach früheren vergeblichen Versuchen, sich durch den Genuß von Essigessenz und Lysol das Leben zu nehmen, hat sich hier ein 50jähriger Arbeiter Fingerhut am Bettpfosten erhängt.

Das Verbrechertum im französischen Heere.

Die Frage, wie die zahllosen Apachen aus dem Heere und der Marine zu entfernen seien, beschäftigt nach einem Sonderbericht des „Brl. Lok.-Anz." in Frankreich noch immer die Presse, die Politiker und das Publikum mehr als alles andere, und dabei dieser Gelegenheit hier und da auch Stimmen laut geworden sind, die von Uebertreibung sprachen, so hat sich die Pariser Agentur Fournier das Verdienst erworben, eine genaue Enquete anzustellen über die Zahl der verschiedenen Regimentern von Paris und Umgebung vorhandenen vorbestraften Individuen. Das 21. in Paris stehende Kolonialinfanterieregiment zählt nach Aussage seines Obersten keine vorbestraften Leute; das 70. Regiment, das gleichfalls in Paris steht, beherbergt unter etwa elfhundert aktiven Leuten 26 bestrafte der beiden Jahrgänge 1907 und 1908. Die beiden in Coulommiers stehenden Bataillone dieses Regiments zählen 175 verheiratete Leute, von denen ein volles Drittel überführte Zuhälter sind, die in der Nähe der Hauptstadt dienen und häufigen Urlaub nach Paris erhalten können. Das 104. Infanterieregiment in Paris weist 50 nach dem gemeinen Rechte Bestrafte auf, und daher sind Diebstähle innerhalb der Kaserne dort recht häufig. Auch in diesem Truppenteile gibt es viele verheiratete Zuhälter. Im 5. Regiment stehen 54 vorbestrafte Leute. Nur das zweite Kürassierregiment, das 13. Artillerieregiment und das 28. Infanterieregiment, alle in Paris garnisonierend, beherbergen keine Apachen oder sonstwie Vorbestrafte; sie stellen Eliteregimenter dar, aber ihr Ersatz kommt ausschließlich aus der Provinz, nicht aus der Hauptstadt.

In Auxerre hat General Clerc, Kommandeur der dortigen 17. Infanteriebrigade, Befehl gegeben, daß nicht nur alle Zivilpersonen, die in den Kasernen etwas zu tun haben, sondern auch Militärs andrer Truppenteile und Gendarmen von einem Manne der Kasernenwache ins Innere des Gebäudes zu begleiten seien. Als ein Gendarm in die Kaserne Goure trat, um sein Gewehr dem Büchsenmacher zur Reparatur zu geben, wurde er infolgedessen von einem Soldaten geleitet. Dabei stellte es sich heraus, daß dieser Soldat und der Gendarm alte Bekannte waren, denn der Gendarm hatte den Mann, als dieser noch in Zivilkleidern steckte, als gefährlichen Einbrecher verhaftet und nach Nummer Sicher gebracht. Jetzt waren die Rollen vertauscht. Der Apachensoldat geleitete den Hüter der Ordnung. Letzterer ist ebenso wie alle seine Kollegen der dortigen Gegend von der Maßnahme des Generals Clerc wenig erbaut, und auch der Bevölkerung hat sich beim Bekanntwerden dieses Zwischenfalles eine gewisse Erregung bemächtigt. Es wird hinzugefügt, daß der Zufall hierbei nicht allein im Spiele war, denn sämtliche Soldaten der Kasernenwache waren an jenem Tage Apachen, bis auf einen, der gerade Posten stand. Die Presse tritt jetzt gegen das Apachenwesen im Heere auf. Man verlangt, daß man mit zweideutiger, humanitärer Gefühlsduselei ein Ende mache und die Regimenter mit eisernen Besen reinfege. Die energischsten Maßnahmen seien am Platz, damit dieser latenten Anarchie gesteuert werde. Der Nationalist Ernst Judet fordert im Eclair die öffentliche Meinung auf, sich ihrer Macht bewußt zu werden, und dringend ein Gesetz zu fordern, durch das das Pariser Pflaster von den Apachen gereinigt werde. Dies sei die beste Art, das Andenken des neulich von einem Apachen ermordeten Schutzmanns Deray zu ehren, und der Sozialist Gerault Richard kämpft gegen seinen eigenen, allerdings extremsten Parteigenossen Herve an, der letzthin die Ermordung von Schutzleuten durch Apachen glorifiziert hatte. Er verlangt daraufhin des Ausschluß Herves aus der sozialistischen Partei.

